



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen

Nr. 1 | Frühling 2023

**Sinti*zze und Rom*nja
über Verfolgung, Widerstand
und Selbstbehauptung**

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

THEMA

- 4** Wir eignen uns unsere Geschichte an, um politisch zu intervenieren
Interview mit Isidora Randjelović
- 8** Nachholende Gerechtigkeit zur Aufarbeitung des Völkermordes
Von Karola Fings
- 14** Wir können uns diese Menschen nur zum Vorbild nehmen
Interview mit Mehmet Daimagüler
- 16** Antiziganismus im Ländle
Von Chana Dischereit
- 20** Eine schmerzhaft, aber gute Reise
Von Henk van Iterson
- 22** Fotografien ohne Antiziganismus
Von Nihad Nino Pušija
- 24** Sehen und gesehen werden
Von Anton Holzer
- 26** Späte Erinnerung trotz vieler Widerstände
Von Michal Schuster

FREIWILLIGE BERICHTEN

- 28** Gegen Vorurteile vorzugehen ist eine Frage der persönlichen Verantwortung
Von Fritzi Bode
- 29** »Ich kann mich an so viele Geschichten von Menschen erinnern, denen ich in diesem Jahr geholfen habe«
Von Joanna Matera
- 30** Verfolgung und Ermordung von Sinti*zze und Rom*nja am Rand von Berlin
Von Veranika Khamuleva
- 31** Lernprozesse von Schüler*innen und Freiwilligen
Von Ekaterina Suverneva
- 31** Termine
- 32** »Gemeinsam Antiziganismus bekämpfen«
Interview mit Christian Staffa
- 32** Ein historischer Schritt
Von Romani Rose
- 34** Predigt
Von Anne Gidion
- 38** Gedenken an queere NS-Verfolgte – mit vielen Weggefährt*innen
Von Matteo Schürenberg
- 39** Mut, Verzweiflung und Zusammenhalt – Eindrücke aus der Ukraine
Von Jutta Weduwen, Gabriele Scherle und Jakob Stürmann

WEGGEFÄHRT*INNEN

- 40** Verbunden mit den Überlebenden, verbunden mit Sühnezeichen. Bernhard Krane
- 41** Wir trauern um Michael »Mike« Heimbach

GUTES TUN

- 42** Diese Arbeit ist heute so aktuell wie zur Gründung 1958
Interview mit Adrian von Hammerstein

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild: Kati Vatalo aus Bukarest 2017. Mehr über ihre Geschichte und ihr Engagement auf Seite 36/37.

- S. 1, 36/37: ASF/Helena Schätzle
S. 3, 46: ASF/Ruthe Zuntz
S. 6/7, 12/13, 18/19: ASF/Sara Spring
S. 9: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald/Katharina Brand
S. 22/23: Nihad Nino Pušija
S. 38: Deutscher Bundestag/Leon Kügeler/photothek
S. 39, 40: ASF
S. 41, 42: privat

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 1, Frühling 2023, 51. Jahrgang
Auflage: 7.800 Exemplare
ISSN: 2749-5639
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantwortl.), Matteo Schürenberg, Ute Weinmann, Clara Brahms
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: 030 28 395 184 | Fax: 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

**ASF-Spendenkonto
(im April geänderte Kontodaten)**
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00
BIC: BFSWDE33XXX

Editorial

Liebe Leser*innen,

»Was wir hatten, waren unsere eigenen Geschichten und Erfahrungen«, erzählt Isidora Randjelović über die Anfänge von *RomaniPhen*. In diesem feministischen Rom*nja-Archiv werden heute die lange marginalisierten Geschichten der Verfolgung, aber auch des Widerstands und der Selbstbehauptung von Sinti*zze und Rom*nja erforscht und vermittelt. Es ist ein lebendiger Ort des historischen Lernens, aber auch der künstlerischen und politischen Intervention in die Gegenwart hinein. Anfang der 2000-er Jahre waren hingegen diese Geschichten und Menschen an deutschen Universitäten, auf Theaterbühnen oder in den Medien so gut wie nicht präsent. Vorurteile, Feindlichkeit und Unwissen bestimmten die Wahrnehmung in der Dominanzgesellschaft.

Auch die eindrücklichen Porträts von Romnja in diesem Heft zeugen davon, wie über die Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte, mit eigenen Flucht- und Diskriminierungserfahrungen politisches Empowerment erwachsen kann. ASF begleitete die porträtierten Frauen in Bildungsprogrammen und führte mit ihnen narrative Interviews. Sie werden hier selbstbestimmt sichtbar und zugleich zeigt sich, wie eng die Geschichte ihrer Familien in (Post-)Jugoslawien oder Rumänien mit den deutschen NS-Verbrechen verbunden ist.

Wie weit der NS-Völkermord in die Nachkriegszeit reichte, welche unfassbaren Kontinuitäten in den Behörden dazu führten, dass Sinti*zze und Rom*nja weiterhin kriminalisiert und um Entschädigungen gebracht wurden, beschreibt die Historikerin Karola Fings. Wie gefährlich es bis heute ist, wenn Politik und Ämter bei Antiziganismus wegsehen, zeigt Chana Dischereit an einer antiziganistischen Gewalttat in einem kleinen Ort auf – die immerhin juristisch gut aufgearbeitet wurde. Der Antiziganismus-Beauftragte Mehmet Daimagüler fordert daher in unserem Interview zweierlei: Mehr Schulung und Kontrolle für eine rassismussensible Verwaltung – an deren Anfang aber erst die Aufarbeitung des historischen Unrechts in einer Wahrheitskommission stehen muss, die die Perspektiven der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt.

Mit Beiträgen unserer internationalen Partner*innen und Freiwilligen weiten wir den internationalen Blick: Henk van Iterson berichtet aus den Niederlanden über die weitreichenden Schatten des Völkermordes in seiner Familie und wie er gemeinsam mit seiner Mutter spät an die Orte der Verfolgung, aber auch zu den Lebensorten der Familie reist. Der Historiker Michael Schuster und die Freiwillige Fritzi Bode schreiben zur Situation in Tschechien und weitere Freiwillige berichten aus London und Berlin über ihr Engagement für die Erinnerung an den Völkermord an den Rom*nja und Sinti*zze und deren Rechte heute.

Den Internationalen Roma-Tag haben wir am 8. April in Odesa begangen. Bei einem Besuch der Geschäftsführung und des Vorstands in der Ukraine wollten wir unsere Unterstützung ausdrücken und unseren Projektpartner*innen zuhören. Auch davon berichten wir in diesem Heft.

Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja ist laut aktuellen Untersuchungen in Deutschland und vielen anderen Ländern stark verbreitet. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dieser Form von Rassismus entschieden entgegenzutreten. Dafür steht ASF seit Jahrzehnten ein.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre dieses *zeichens*!

In herzlicher Verbundenheit

Ihre und Eure
Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*



Wir eignen uns unsere Geschichte an, um politisch zu intervenieren

Isidora Randjelović über das feministische Engagement von *RomaniPhen*, ein lebendiges Archiv und marginalisiertes Romani-Wissen als Blickwinkel auf deutsche und europäische Geschichte

ASF-Zeichen: »feministisch, rassistuskritisch, empowernd« ist das Motto von *RomaniPhen* – warum dieser Dreiklang?

Isidora Randjelović: Ende der 2000-er Jahre haben wir uns gefunden. Wir waren Sinti*zze und Rom*nja, die migriert waren oder zur anerkannten Minderheit in Deutschland gehörten. Wir alle haben einerseits Rassismus in der Dominanzgesellschaft erlebt und andererseits Sexismus sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Communities. Wir begannen als *inirromnja*, eine informelle Gruppe, um zuerst einmal einen gemeinsamen Raum zu haben. Das war die Grundlage für unser späteres Empowerment. Denn vorher waren wir in unserem Beruf oder Engagement vereinzelt.

Heute habt Ihr ein Archiv voller Wissen aufgebaut, wie habt Ihr diese marginalisierten Erinnerungen hervorgeholt?

Was wir hatten, waren unsere eigenen Geschichten und Erfahrungen in unseren Familien und in politischen Bewegungen. Was wir uns dann aber selbst aneignen mussten, war Wissen aus Romani-Perspektive über die Geschichte, Kämpfe, Vorbilder. Das fehlte in der Schule oder an der Uni. So schufen wir uns selbst ein Wissen, das als lebendiges Archiv in ver-

schiedenen Formaten immer weiter geteilt und vermittelt werden soll: vom Kindermalbuch, über Kunstprojekte und Kampagnen bis zu wissenschaftlichen Beiträgen, außerdem arbeiten wir in unseren Mädchengruppen dazu.

Wie versteht Ihr Eure feministische Arbeit?

Der weiße Feminismus schloss viele andere Perspektiven aus und bot für uns wenig Identifikation. Ein Beispiel: Uns war es nicht nur wichtig über den eigenen Körper bestimmen zu können, mit dem Recht, keine Familie haben zu dürfen, sondern genauso das Recht auf eine Familie, auf eine glückliche Kindheit, auf Respekt und Wertschätzung unserer Menschen. Aus rassistischen Gründen wurde uns Rom*nja das aber verwehrt, unsere Kinder wurden nur als Problem gesehen. So entwickelten wir eigene feministische Zugänge, die Rassismus und Sexismus zusammendachten. Denn beides hat den historisch gewachsenen Blick auf Rom*nja bestimmt: Die Sexualisierung, aber auch ein paternalistischer Blick auf Rom*nja. Das setzte sich auch in den staatlichen Strukturen fort: Erziehung und Integration durch Verfolgung und Zwang.

Was passiert heute in diesem gemeinsamen Raum?

Seit wir uns 2019 als Verein gegründet haben, öffnen wir einen Raum, wo sich Sinti*zze und Rom*nja aus verschiedenen Communities und Generationen begegnen – ob langjährige Bürgerrechtler*innen, gerade Zuggezogene oder Schüler*innen. Auch hier begegnen sich Menschen mit unterschiedlichen Chancen, Identitäten und Rechtsstatus, das ist schon ein Politikum, das wir aushandeln müssen und wollen. Aber es ist ein guter Raum, weil wir hier ohne den typischen Rechtfertigungsdruck gegenüber einem Rassismus der Dominanzgesellschaft handeln können. Was für uns wichtig war und ist: Wir sind keine Beratungsstelle, hier treffen wir uns als Gleiche.

***RomaniPhen* trägt sowohl die Bedeutung von »RomaniSchwester« als auch im Sinne von Kultur, Sprache, Geschichte der Rom*nja ...**

Wir setzen uns hier mit Kultur und Sprache auseinander, aber wir sind kein Folkloreverein. Mit unserer Kulturarbeit zielen wir ebenso wie mit unseren erinnerungskulturellen und bildungspolitischen Projekten darauf ab, uns kritisches Wissen anzueignen sowie zu vermitteln und

gesellschaftlich zu intervenieren. Es geht dabei immer auch um soziale Gerechtigkeit und unsere Lebensrealität.

In welcher Hinsicht?

Der Aufenthaltsstatus verhindert gleiche Zugänge zu allen Bereichen des Lebens wie Wohnen, Arbeit, Bildung. Die Folgen dieser strukturellen Situation werden umgedreht und Rom*nja als kulturelle Verhaltensmuster unterstellt. In der sozialen Arbeit und in den politischen Maßnahmen schwang immer mit, dass Rom*nja ein Problem sind, das zumindest kontrolliert werden muss. Im Kunstbereich werden Künstler*innen ebenfalls als fremd markiert und finden keine Rollen jenseits von Stereotypen. Ihr kulturelles Schaffen wird nicht sichtbar. Der exklusive Blick der Dominanzgesellschaft übersieht vielfach die Normalität und Individualität, in der wir leben und arbeiten.

Wie entkommt Ihr diesen Zuschreibungen?

Du hast keine Chance dem zu entkommen. Sobald du dich als Romni positionierst, wirst du kategorisiert und dein Verhalten dann überwiegend aus diesem Blickwinkel betrachtet: Du seiest zu betroffen, zu emotional. Das ist in der Wissenschaft und erst recht im Kulturbetrieb so. Die Frauen hier in diesem Raum wollen hingegen mit ihren vielen Identitäten einfach ihre Sachen machen, etwas für sich schaffen. Sie wollen sich nicht nur am Rassismus abarbeiten müssen, sondern dagegen langfristig arbeiten und dabei vor allem etwas Eigenes herstellen.

Trotz unterschiedlicher Backgrounds, gibt es auch etwas, das Euch alle verbindet?

Vieles verbindet uns: Freundschaft, der Wunsch nach Veränderung und Gerechtigkeit, der Glaube an kollektive Organisation trotz aller Differenzen. Unterschiede gibt es etwa in unserer Geschichte der NS-Verfolgung: Deutsche

Sinti*zze wurden von anderen Deutschen ausgebürgert und deportiert, in anderen Ländern hingegen erlebten die Menschen die deutsche NS-Besatzung, aber sie leisteten auch vielfach Widerstand. Auch nach 1945 setzte sich das fort: Im Täter*innen-Land kam es zur »zweiten Verfolgung« [Romani Rose prägte diesen Begriff, Anm. d. Red.]. Demgegenüber wurde in einem Land wie dem sozialistischen Jugoslawien ein gemeinsam erlittenes Schicksal, aber auch die Befreiung durch das Volk propagiert. Roma-Partisan*innen wurden zwar nicht als solche erinnert, hatten jedoch einen Platz in dieser antifaschistischen Erzählung. Außerdem war im sozialistischen System nach 1945 der Zugang zu Bildung und Gesundheit besser. So entstanden auch künstlerische und politische Bewegungen mit internationalen Verbindungen. Das half dann teilweise auch deutschen Bürgerrechtler*innen im Kampf um die Anerkennung hierzulande. Wir haben demnach unsere Geschichte immer auch als plurale, sich vielfach überlappende Geschichten verschiedener Communities begriffen.

Wie vermittelt ihr solche historischen Biografien jüngerer Generationen, etwa in Euren Mädchenprojekten?

Wir bieten Kalender, Kinderbücher, Workshops zu einzelnen Biografien und zur Geschichte an. Was haben diese Frauen geschafft, wie verstehen wir ihre Lebenswege? Darüber hinaus reflektieren wir dieses historische Handeln auf unser eigenes Engagement heute, für unsere Perspektiven und Handlungsräume innerhalb widersprüchlicher Gesellschaftsverhältnisse. Aktuell arbeiten wir an einem Theaterprojekt über Alfreda Noncia Markowska: eine polnische Romni, die während der NS-Besatzung über 50 Kinder gerettet hat. Sie war schon im hohen Alter, als einer der Geretteten ihre Geschichte bekannt machte (siehe *zeichen* 3/2021).

Was ist dabei Euer Ansatz?

Wir wollen nicht einfach Wissen anhäufen und ausstellen über Menschen, die wir nicht kennen. Wir gehen in den Kontakt und lernen darüber. Wir sind zu ihrem Enkel gereist, haben mit polnischen Rom*nja gesprochen und uns Stück für Stück ihrem Leben angenähert. Was bedeutet es, selbst verfolgt zu sein, die eigene Familie zu verlieren, als junge Frau mit anderen im Wald zu überleben, Menschen zu retten? Aus welchem Selbstverständnis kommt diese unheimliche Stärke? Uns geht es dabei nicht um Verherrlichung, sondern darum, ihre Geschichte und auch dahinterstehende Ressourcen zu verstehen, die sie gerade auch als Romni hatte: eine gemeinsame Sprache, sich im Wald auszukennen. Sie hatte Möglichkeiten zu überleben, weil Rom*nja über Jahrhunderte gezwungen waren, so zu überleben. Und letztlich ist immer die Frage leitend: Was hat das alles heute zu bedeuten, was lernen wir daraus über die Gesellschaft, in der wir jetzt leben?

Isidora Randjelović ist Sozialarbeiterin, Mitinitiatorin und Leiterin von *RomaniPhen*. Sie arbeitet und lehrt zu Verflechtungen im Schnittpunkt von *Race* und *Gender* und über soziale Bewegungen.

Das Interview führte **Matteo Schürenberg**. Er leitet die ASF-Öffentlichkeitsarbeit.

RomaniPhen e. V. ist ein feministisches Rom*nja-Archiv in Berlin. Die Selbstorganisation wirkt vor allem im Bildungsbereich sowie in der Wissens- und Kulturproduktion. Während des *Romnja* Power Month* organisiert sie zwischen 8. März und 8. April (Internationaler feministischer Kampftag und Internationaler Tag der Rom*nja) zahlreiche Veranstaltungen zu Geschichte und Engagement.

GESCHICHTEN VON ROMNJA

Familienerzählungen von Verfolgung, Widerstand und Selbstbehauptung

Frauen der Rom*nja-Minderheit aus dem Wendland berichten in einer ASF-Publikation von der Verfolgung ihrer Familien und deren Widerstand zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Drei dieser Geschichten sind in diesem *Zeichen* abgedruckt. Ihre Vorfahr*innen haben als Partisan*innen gekämpft und mit eigenen Augen das Morden der Wehrmacht ansehen müssen. Die zweite, dritte und vierte Generation spricht in diesem Band auch über eigene Flucht- und Migrationserfahrungen aus dem ehemaligen Jugoslawien und das Ankommen in Deutschland.

Diese Texte entstanden in Seminaren von ASF und der Selbstorganisation *Sawre Romnjeca*. Sie gewähren Einblicke in die Kontinuität von Verfolgung, Ausgrenzung und Rassismus. Zugleich sind sie Zeugnis von Selbstbehauptung und Engagement in der deutschen Gesellschaft.

Der ASF-Arbeitsbereich *Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft (Amigra)* setzt sich mit der Bedeutung und den unterschiedlichen Perspektiven der NS-Geschichte für unsere von Migration geprägte Gesellschaft auseinander. Es ist uns ein Anliegen, Multiperspektivität im NS-Erinnerungsdiskurs zu fördern und dabei auch unbeachtete Migrationsgeschichten bis in unsere Gegenwart sichtbar zu machen. Die Seminare richten sich an Multiplikator*innen, Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichten sowie an Sinti*zze und Rom*nja.

Zur Bestellung der Publikation und mehr über das Projekt:
www.asf-ev.de/amigra



Wir Roma haben nirgendwo einen Platz.

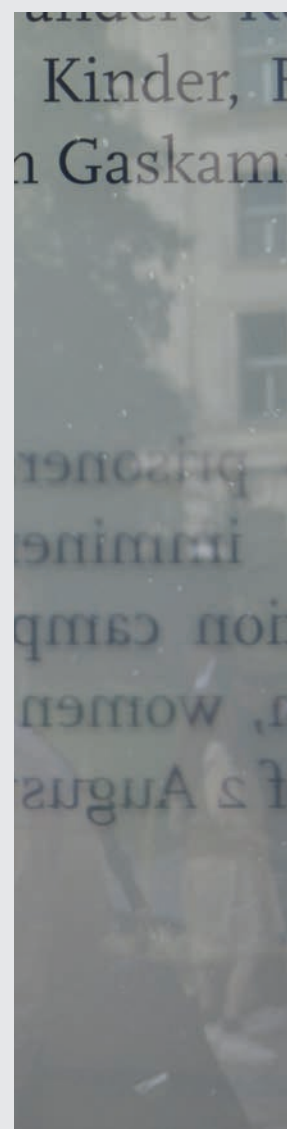
Viele Deutsche kennen die Geschichte der Roma nicht. Ich kenne sie gut, denn meine Eltern haben mir immer wieder davon erzählt. Heute bin ich Urgroßmutter, und deswegen ist es jetzt meine Aufgabe, dass ich die Geschichte meiner Familie erzähle.

Meine Eltern mussten während des Zweiten Weltkriegs im Kosovo für die Deutschen Zwangsarbeit leisten. Mein Vater unterstützte nachts heimlich die Partisanen. Meine Eltern konnten versteckt den Krieg überleben. 1950 wurde ich geboren, als älteste Tochter. Leider war mein Vater von den Folgen des Krieges stark geschwächt und starb sehr jung. Ich war damals erst neun Jahre alt. Als älteste Tochter kümmerte ich mich gemeinsam mit meiner Mutter um die jüngeren Geschwister. Wir waren arm und lebten vom An- und Verkauf. Drei meiner Geschwister konnten zur Schule gehen, ich selbst blieb zu Hause. Ich backte Brot, bereitete das Essen zu, wusch meine Geschwister. Nach der Geburt meiner Kinder begann ich als Hebamme zu arbeiten und andere Frauen zu unterstützen. Dies ist eine Lebensaufgabe für mich geworden.

1999 musste meine Familie wieder fliehen. Der Kosovokrieg zwang uns nach Deutschland. Hier mussten wir keine Angst mehr um unser Leben haben. Doch wir hatten zunächst kein Bleiberecht, und so begann ein jahrelanger Kampf um eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung. Die Residenzpflicht erschwerte es uns, bei unseren Kindern zu sein, die an verschiedenen Orten in Deutschland lebten.

Wir Roma haben nirgendwo einen Platz, weder im Kosovo, wo ich aufgewachsen bin, noch in Serbien, noch hier in Deutschland. Als Roma waren wir in der Geschichte besonders verletztlich und sind es bis heute. Ich bin stolz, dass ich Romni bin. Ich bin eine starke Frau und habe in meinem Leben vielen Menschen geholfen. Ich habe eine Botschaft an die jüngere Generation: Passt auf Euch auf und seid achtsam. Es darf nie wieder Krieg sein. Gott soll Euch beschützen. Ich bete für Euch, dass Ihr in Frieden leben dürft.

Kumrije Coljaj, Romni, Urgroßmutter, 1950 im Kosovo geboren, hat als Hebamme gearbeitet und lebt heute bei ihrer Tochter in Wustrow (Wendland) in Niedersachsen. Sie spricht Romanes, Serbokroatisch, Deutsch, Albanisch und Türkisch.



Nachholende Gerechtigkeit zur Aufarbeitung des Völkermordes

Die Verfolgung und Ermordung von Sinti*zze und Rom*nja während des Nationalsozialismus wurde nach 1945 lange nicht als Völkermord anerkannt. Um über die begangenen Verbrechen aufzuklären und die Folgen der verweigerten Anerkennung für die nachfolgenden Generationen aufzuarbeiten, brauchen wir Strategien für eine nachholende Gerechtigkeit.

Dr. Karola Fings

In einem fast zweistündigen Beitrag des *Westdeutschen Rundfunks* über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, gesendet am 28. Oktober 1961 und realisiert von zwei Überlebenden, war auch eine SinteZZa zu hören. »Man kann Auschwitz mit nichts vergleichen«, resümierte sie im Interview. Und fuhr fort: »Wenn man sagt: Die Hölle von Auschwitz – dann ist das keine Übertreibung. Ich glaube, es reicht nicht, wenn ich sage, dass ich nachher tausendmal von Auschwitz geträumt habe, von dieser schrecklichen Zeit, in der nur Hunger und Tod geherrscht haben.«¹

Es war Elisabeth Guttenberger, die ihre Stimme erhob. Als 17-Jährige war sie am 8. März 1943 aus München nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden. Sie war die einzige Überlebende einer einst großen Familie: Die Eltern und ihre vier Geschwister starben in Auschwitz, auch Tanten, Onkel, Cousins und Cousinen wurden ermordet. Dennoch brachte sie die Kraft auf, Zeugnis abzulegen, nicht nur im Rundfunk, sondern auch für den von 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main geführten Auschwitz-Prozess.²

Es sollte weitere zwanzig Jahre dauern, bis der Völkermord an den Sinti*zze und Rom*nja in der Bundesrepublik Deutschland durch Bundeskanzler Helmut Schmidt anlässlich des Empfangs einer Delegation des *Zentralrats Deutscher Sinti und*

Roma am 17. März 1982 anerkannt wurde.³ Dies war ein großer Erfolg der jungen Bürgerrechtsbewegung und zugleich ein erster Bruch mit den bis dahin vorherrschenden Deutungen der Täter*innen. Nach 1945 hatten diese eine Anerkennung der Verfolgung von Sinti*zze und Rom*nja als nationalsozialistisches Verbrechen systematisch verhindert, etwa indem sie staatliche Diskriminierung und Repression als traditionelle, aus Kaiserreich und Weimarer Republik stammende, mithin unverdächtige bürokratische Maßnahmen verharmloste.⁴

Repression und Verfolgung ab 1933

Dabei besteht an dem rassistischen Charakter der Verfolgung kein Zweifel.⁵ Seit 1933 gerieten Sinti*zze und Rom*nja immer stärker in das Fadenkreuz der NS-Rassenpolitik. Der entscheidende Unterschied zu den früheren Praktiken der staatlichen »Zigeunerpolitik« bestand darin, dass alle Sinti*zze und Rom*nja, vom Kleinkind bis zum Greis, im Nationalsozialismus qua Geburt und unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung als Bedrohung gesehen wurden, und deshalb aus der Gesellschaft entfernt werden sollten. Wie die jüdische Bevölkerung, wurden auch sie gemäß den »Nürnberger Gesetzen« vom September 1935 als »Fremdrasse« stigmatisiert und entrechtet.



Erinnerung an den Völkermord an Sinti*zze und Rom*nja.

Sehr bald erlebten Sinti*zze und Rom*nja einen gesellschaftlichen Ausschluss, der alle bisherigen Exklusionspraktiken in den Schatten stellte. So wurde eine selbstständige Berufsausübung durch Verbote, Entzug von Gewerbeurlaubnissen bis hin zu Verschleppungen in Konzentrationslager unmöglich gemacht. Ab Mitte der 1930-er Jahre erfolgte vor allem in den größeren Städten die Internierung in Zwangslagern. Schließlich wurde die Bewegungsfreiheit mit dem »Festsetzungserlass« im Oktober 1939 reichsweit von einem auf den anderen Tag auf den jeweiligen Wohn- beziehungsweise Aufenthaltsort eingeschränkt. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Isolation war am Beginn des Zweiten Weltkrieges weit vorangeschritten, und dies war nur möglich, weil weite Teile der Gesellschaft – von Lehrkräften, über Verwaltungsangestellte und Nachbarschaften bis hin zu Bürgermeistern – sich aktiv daran beteiligten.

Parallel dazu setzte sich seit Mitte der 1930-er Jahre das rassenpolitische Paradigma durch. Die »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« beim Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) in Berlin organisierte mit ihren nachgeordneten Dienststellen eine Totalerfassung, um »die Zigeunerfrage« nunmehr »aus dem Wesen dieser Rasse heraus« zu »lösen«. Dabei arbeitete sie Hand in Hand mit der Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle (RHF) beim

Reichsgesundheitsamt. Deren Mitarbeiter*innen erhoben unter der Leitung von Robert Ritter (1901–1951) und Eva Justin (1909–1966) unter Zwang umfassende Personendaten, um alle Sinti*zze und Rom*nja aufzuspüren, sowie körperliche Merkmale, um »Rassegutachten« zu erstellen. RKPA und der RHF prägten als »wissenschaftlich-polizeilicher Komplex« (Michael Zimmermann) maßgeblich die rassenpolitischen Maßnahmen des Regimes und legten die Grundlagen für den Völkermord.

Deportationen und Massenerschießungen ab 1940

Kurz nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 entschied das Reichssicherheitshauptamt, alle Jüdinnen und Juden, Sinti*zze und Rom*nja aus dem Reich zu deportieren. Im Mai 1940 erfolgte eine erste Deportation von rund 2.500 Kindern, Frauen und Männern aus den westlichen und nordwestlichen Gebieten über Sammellager in Köln, Hamburg und Hohenasperg bei Stuttgart in das »Generalgouvernement«. Die Familien wurden in Zwangsarbeitslager und Ghettos gesperrt und waren der Willkür und Gewalt der örtlichen Machthaber ausgeliefert. Nicht wenige wurden im Laufe der nächsten Jahre ergriffen und in Vernichtungslager deportiert oder starben bei Exekutionen, die an Ortsrändern

oder in Wäldern stattfanden. An Hunderten von Orten im deutsch besetzten Polen und seit 1941 in weiten Teilen des deutsch besetzten Ost- und Südosteuropas fielen Sinti*zze und Rom*nja den Einsatzgruppen – Einheiten aus Sicherheitspolizei und Geheimdienst der SS – sowie Polizei- und Wehrmachteinheiten zum Opfer.

Auch im Reich eskalierte die Verfolgung weiter. Im Dezember 1942 ordnete Heinrich Himmler, Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, die Deportation aller noch im Reich verbliebenen Sinti*zze und Rom*nja an. Von den Ende Februar 1943 einsetzenden Deportationen nach Auschwitz-Birkenau waren nahezu alle verbliebenen Angehörigen der Minderheit betroffen. Wer nicht deportiert wurde, sollte zwangsweise sterilisiert werden, was bis Kriegsende etwa 2.000 Frauen und Männer erleiden mussten.

In Auschwitz-Birkenau sperrte die SS die Deportierten in einen separaten Lagerbereich (»Blle«) unweit der Gaskammern und Krematorien. Rund 23.000 Menschen wurden bis zur Auflösung des Lagers Anfang August 1944 dorthin eingeliefert, darunter etwa 14.000 aus dem Reich. Die baulichen und sanitären Verhältnisse sowie die Versorgung mit Lebensmitteln oder medizinischem Bedarf waren von vornherein so angelegt, dass ein Überleben der Eingelieferten kaum möglich war. Sie mussten unter beengten und entsetzlichen Bedingungen Tag für Tag um ihre Existenz kämpfen, denn die chronische Unterversorgung führte alsbald zu Hungertoden und todbringenden Krankheiten. Hinzu kamen Gewaltverbrechen der SS, medizinische Experimente durch den berüchtigten SS-Arzt Josef Mengele sowie Selektionen, die in die Gaskammern führten.

Hermann Langbein, einer der Überlebenden, der die Radio- sendung des WDR umgesetzt hatte, bezeugte das Massen- sterben in diesem Lagerbereich mit folgenden Worten: »Ich habe viel gesehen in Auschwitz. [...] Aber was ich dort gesehen

habe, das war schlimmer als alles andere.«⁶ In der Nacht zum 2. August 1944 wurden rund 4.300 Sinti*zze und Rom*nja, die noch im Lagerbereich Blle am Leben waren, in den Gaskammern ermordet. Elisabeth Guttenberger überlebte, weil sie zu den etwa 2.000 Frauen und Männern gehörte, die zuvor zur Zwangsarbeit in andere Lager selektiert worden waren.

Die zweite Verfolgung nach 1945 und Vorschläge für eine nachholende Gerechtigkeit

Das hier nur in Umrissen skizzierte Menschheitsverbrechen, das an Sinti*zze und Rom*nja während des Nationalsozialismus begangen wurde, ist bis heute in der Öffentlichkeit – trotz des 2012 in Berlin eingerichteten Denkmals und inzwischen zahlreich vorhandener Studien und Vermittlungsangebote – nach wie vor in seinen Dimensionen kaum bekannt. Dies gilt erst recht für den Umgang mit den Überlebenden nach 1945, den diese als »zweite Verfolgung« bezeichnen. Während die wenigen Überlebenden unter großen Mühen und oft auf sich allein gestellt neue Lebensperspektiven begründen mussten, konnten die Täter*innen weitermachen wie bisher.

In Entnazifizierungsverfahren entlasteten sie sich gegenseitig und setzten nahezu bruchlos ihre Karrieren fort. Ritter und Justin fanden bei der Stadt Frankfurt am Main eine Anstellung. Die Führungsriege der »Reichszentrale« ging nach Bayern, um dort die Sondererfassung der Sinti*zze und Rom*nja auf der Basis der NS-Akten fortzuführen. Sie nutzten ihre gesellschaftlichen Positionen, um die Diffamierung der Opfer in Zeitschriften, auf Tagungen und insbesondere als Gutachter in Entschädigungsverfahren weiter fortzusetzen. Die Haupttäter*innen leugneten den rassistischen und verbrecherischen Charakter der Verfolgung, vernichteten rechtswidrig und eigenhändig belastendes Beweismaterial, das sich in ihren Akten- schränken befand, und erreichten, dass niemand von ihnen jemals für die Beteiligung an den Verbrechen juristisch be-

langt worden ist.⁷ Zugleich vereitelten sie eine Entschädigung und Anerkennung der Opfer.

Die Diffamierung der Opfer traf indes im Nachkriegsdeutschland auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens, mit dem Sinti*zze und Rom*nja weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden – sowohl sozial als auch ökonomisch. Um das Fortwirken von Antiziganismus nach 1945 zu untersuchen, hat sich die von der Bundesregierung eingesetzte und von 2019 bis 2021 tätige *Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA)* mit diesem – wie sich zeigte unrühmlichen – Kapitel der deutschen Geschichte befasst.⁸ Sie stellte fest, dass antiziganistische Feindbilder und Routinen der Diskriminierung sowie Ausgrenzung in die demokratische Bundesrepublik übernommen wurden, weshalb bis heute ein breiter rassistischer Konsens gegenüber Sinti*zze und Rom*nja vorhanden ist. Für die Überlebenden und die nachfolgenden Generationen hatte dies gravierende Folgen: generell schlechtere Chancen auf eine wirtschaftliche, soziale, schulische und kulturelle Entwicklung.⁹

Neben einer Reihe von Empfehlungen zur Aufarbeitung der NS-Verfolgung und der Entschädigung von Überlebenden enthält der Bericht der *UKA* daher auch die Anregung, eine Kommission zur Aufarbeitung des an Sinti*zze und Rom*nja begangenen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Nur so kann ein gesellschaftlicher Aufarbeitungsprozess in Gang kommen und eine nachholende Gerechtigkeit für die von antiziganistischem Rassismus Betroffenen erzielt werden.

Dr. Karola Fings ist Historikerin und leitet an der *Forschungsstelle Antiziganismus* an der Universität Heidelberg das internationale Projekt »Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa«. 2019 veröffentlichte sie: »Sinti und Roma. Geschichte einer Minderheit«. Sie war Mitglied der *Unabhängigen Kommission Antiziganismus* der Bundesregierung.

- 1 Guttenberger, Elisabeth (1979 [1962]): Das Zigeunerlager. In: Adler, H. G./Langbein, Hermann/Lingens-Reiner, Ella (Hrsg.): Auschwitz. Zeugnisse und Berichte, 2. Aufl., Köln/Frankfurt am Main, S. 129–132, Zitat 132.
- 2 Stengel, Katharina (2022): Die Überlebenden vor Gericht. Auschwitz-Häftlinge als Zeugen in NS-Prozessen (1950–1976), Göttingen, S. 382f.
- 3 Lotto-Kusche, Sebastian (2022): Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949–1990, Berlin/Boston, insb. S. 168–172.
- 4 Fings, Karola (2015): Schuldabwehr durch Schuldumkehr. Die Stigmatisierung der Sinti und Roma nach 1945. In: von Mengersen, Oliver (Hrsg.): Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation, Bonn/München, S. 145–164.
- 5 Als allgemeiner Überblick vgl. Zimmermann, Michael (1996): Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«, Hamburg; Fings, Karola/Steinbacher, Sybille (Hrsg.) (2021): Sinti und Roma. Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive, Göttingen.
- 6 Zeugenvernehmung Hermann Langbein, 6.3.1964, zit. nach Stengel: Die Überlebenden vor Gericht, S. 381.
- 7 Vgl. Opfermann, Ulrich Friedrich (2023): »Stets korrekt und human«. Der Umgang der westdeutschen Justiz mit dem NS-Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg: Heidelberg University Publishing, (im Erscheinen begriffen).
- 8 Siehe »Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus«, www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/bericht-unabhaengige-kommission-antiziganismus.html (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat vom 21.07.2021).
- 9 Vgl. hierzu auch: Randjelović, Isidora/Gerstenberger, Olga/Ortega, José Fernández/ Kostić, Svetlana/Attia, Iman (2022): Unter Verdacht. Rassismuserfahrungen von Rom:nja und Sinti:ze in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS.

GESCHICHTEN VON ROMNJA

Familienerzählungen von
Verfolgung, Widerstand und
Selbstbehauptung



*Es kam mir vor, als wären wir auf einem
Planeten gelandet. Es herrschte offener
Mein Freund, der mit mir zusammen ve
war – ich war siebzehn, er war zwanzig
bei seiner Ankunft: „Das werde ich nicht
Monate aushalten.“ Er war tatsächlich d
später tot.*

Georges Jidkoff, ehem
war von Mai 1944 bis Ap
überwiegend in Außenlager Salzgitte-W

DRITA WAGNER



Hätten die Nazis ihr
wären wir heute

Romni zu sein, das bedeutet für mich vor allem Stärke und Zusammenhalt. Ich engagiere mich seit über 20 Jahren in der Roma-Community in Lüchow-Dannenberg. Die Zusammenkünfte der Frauen mit ASF geben uns einen offenen Raum. Wenn ich den anderen Frauen meine Geschichte erzähle und ich ihre Geschichten höre, dann bestärkt mich das und gibt mir Mut.

Mein Vater Bajram Coli kämpfte sieben Jahre als Partisan gegen die Nazis und gegen die faschistische Ustaša.¹ Von beiden Seiten mussten sie sich wehren. Neben den Kämpfen waren sie auch mit tödlichen Krankheiten konfrontiert. Sie haben die Leichen verbrannt, damit die Gesunden sich nicht anstecken.

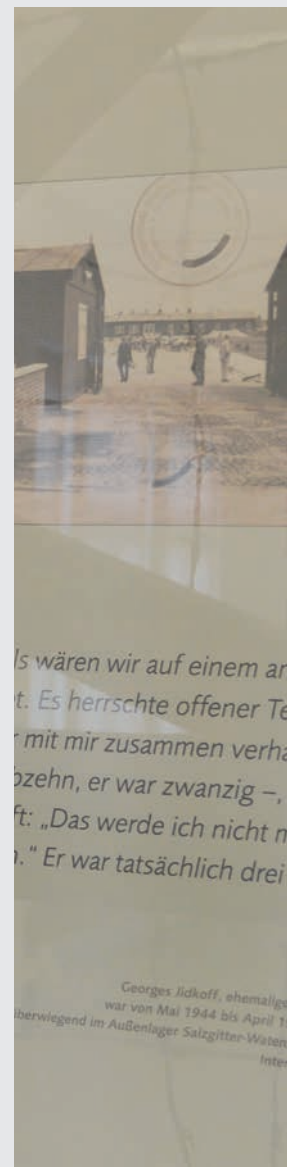
Diese Bilder gingen meinem Vater ein Leben lang nicht aus dem Kopf. Mein Vater war Albaner. Er hat meine Mutter, eine Romni, geheiratet. Bei den Partisanen waren sie alle gleich, es wurde kein Unterschied gemacht. Sie alle kämpften für Josip Broz Tito.

Als Kind habe ich große Armut erlebt. Anstatt in die Schule zu gehen, habe ich Altpapier und Eisen gesammelt. Mein Vater war krank und ich musste meinen Beitrag leisten, um die Familie zu ernähren. Ohne diesen starken Zusammenhalt hätten wir diese Zeit nicht überstanden.

In dem Seminar von ASF haben wir KZ-Gedenkstätten besucht. Für mich ist das auch immer ein Besuch an den Grabstätten unserer Vorfahren. Es führt uns vor Augen, warum es wichtig war, dass Menschen wie mein Vater gegen die Nazis gekämpft haben. Ich bedanke mich bei unseren Vorfahren. Ohne diejenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben, die sich selbst und andere Menschen gerettet haben – ohne sie wären wir heute nicht mehr am Leben. Durch ihre Stärke können wir leben. Hätten die Nazis ihr Ziel erreicht, wären wir heute nicht hier und es gäbe keine Roma. Denn das war letztlich ihr Ziel, die Identität und die Menschen der Roma zu vernichten. Ich danke unseren Vorfahren, dass wir eine reiche Roma-Kultur von ihnen erben konnten.

Drita Wagner, 1968 im Kosovo geboren, kam 1995 nach Deutschland und gründete hier eine Familie. Sie ist Großmutter und lebt mit der Familie ihres Sohnes in Lüchow (Wendland).

¹ Die Ustaša war eine faschistische Bewegung, die im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung den sogenannten Unabhängigen Staat Kroatien totalitär regierte.



Ziel erreicht, nicht hier.

Wir können uns diese Menschen nur zum Vorbild nehmen

Mehmet Daimagüler ist Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti*zze und Rom*nja. Er erzählt von beeindruckendem Engagement gegen alle Widerstände, dem langen Schatten der NS-Verfolgung und welche Fehler er im Gedenken mit einer Wahrheitskommission vermeiden möchte.

ASF-zeichen: Nach einem Jahr im Amt – es bleibt viel zu tun?

Mehmet Daimagüler: Wichtig ist mir der Austausch mit den Communities vor Ort. Es ist bewundernswert, mit welcher Energie und welchem Durchhaltevermögen die Menschen um ihr Recht kämpfen. Das gibt auch mir Mut in meinem Engagement als Beauftragter. Allerdings wissen die Betroffenen selbst am besten, was die Probleme sind und was zu tun ist. Ich sehe mich da eher als Schnittstelle in Richtung Regierung und Gesellschaft.

Erinnern Sie eine Begegnung, die besonders eindrücklich war?

Ja, und zwar in der Ukraine: Nach Vorfällen, wo hier zu uns geflüchtete Rom*nja willkürlich aus Zügen oder Unterkünften geworfen worden waren, wollte ich mir in der Ukraine selbst ein Bild von den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Minderheit machen. Auf meiner Reise war neben dem aktuellen Krieg die NS-Verfolgung unheimlich präsent. Ich traf Zeitzeug*innen, die vor den Deutschen geflohen sind oder im Widerstand waren und dann nach 1945 am Rande der Gesellschaft in den Wäldern leben mussten. Ich begegnete einer Überlebenden, die in ihrer kleinen Wohnung acht Menschen aufgenommen hat-

te, die aus dem Donbas vor dem Krieg geflohen waren: Sie helfe diesen ihr vorher völlig Unbekannten, weil sie selbst damals auch nur durch Hilfe anderer überleben konnte.

Gibt es eine solche Solidarität trotz Not und Unrecht auch hierzulande?

Auch dazu fällt mir eine Begegnung ein: In Singen wurde ein elfjähriger Junge in Handschellen ohne Anlass auf eine Polizeiwache geschleppt, die Eltern nicht informiert – dafür wurden die Beamten am Ende verurteilt. Ich wirkte als Rechtsanwalt im Prozess mit. Die Mutter des Jungen hat sich aufgrund dieser Ungerechtigkeit so politisiert, dass sie heute die Community gegen Antiziganismus organisiert. Wir können uns diese Menschen, die gegen alle Widerstände für Gerechtigkeit eintreten, nur zum Vorbild nehmen.

Wie wollen Sie für diese Menschen sprechen?

Ich selbst bin weder Sinto noch Rom, ich will mir gar nicht anmaßen zu sagen, dass ich ihren Schmerz nachfühlen könnte oder dass ich für sie spreche. Wenn ich aber höre, wie Ältere, die nie zur Schule gehen konnten, bei jedem Behörden-schreiben auf Hilfe angewiesen sind, dann erinnert mich das an meine eige-

nen Eltern, die aus der Türkei stammen. Ähnlich geht es mir beim Blick in die Schulen. Hier sitzen Rom*nja und andere Kinder mit Migrationsgeschichte in Förderklassen. Wie kann das sein? Sie sind genauso neugierig. Wir müssen sie gezielt unterstützen, anstatt sie von den Regelklassen zu separieren. Das verbindet mich mit den Menschen, die ich jetzt vertrete. Ich denke, sie spüren, dass mir selbst diese Situationen nicht ganz fremd sind.

Hunderttausende Sinti*zze und Rom*nja wurden im Nationalsozialismus deportiert und ermordet – wie überlagert sich dieses historische mit dem aktuellen Unrecht?

Politik und Behörden müssen verstehen, dass wir in einer besonderen Verantwortung stehen. Vor über 20 Jahren sind Rom*nja vor den Balkankriegen geflüchtet und sie leben noch immer in Ketten-duldung. Sie können keinen Beruf erlernen oder ausüben. Perfiderweise wird ihnen dann vorgeworfen, sich nicht integrieren zu wollen. Unter diesen Menschen sind Angehörige von Opfern des Völkermordes, die nun erneut in Deutschland diskriminiert werden! Es handelt sich um eine generell schutzbedürftige Gruppe, denen ein dauerhafter Aufenthalt zustehen sollte.

Welche Erfahrungen machen diese Menschen heute mit deutschen Behörden?

Wir sehen immer wieder rassistisch motivierte Menschenrechtsverletzungen – oftmals ohne großen öffentlichen Aufschrei oder juristische Konsequenzen. Eiskalt wird dabei daraufgesetzt, dass sich die Menschen ohnehin nicht wehren, weil ihnen schlichtweg das Geld für Anwält*innen oder das Vertrauen in die Polizei fehlt ...

... das steht auch in einer historischen Kontinuität?

Sinti*zze und Rom*nja wurden im Nationalsozialismus durch die Polizei verfolgt. Doch diese Stellen, wie das *Reichskriminalpolizeiamt* [Vorläufer des Bundeskriminalamtes, Anm. d. Red.], wurden anders als SS oder Gestapo durch die Alliierten nicht als verbrecherische Organisationen verboten. Der rassistische und die eigenen Taten entschuldigende Ansatz, man habe die Menschen zur Verbrechensprävention deportiert – selbst Greise und Kinder verschleppte man in die Lager! – wurde nach 1945 höchstrichterlich bestätigt. NS-Täter konnten so als vermeintliche Experten weiterhin Sinti*zze und Rom*nja kriminalisieren. Sie prägten auch die folgenden Polizeigenerationen – bis heute. Die ganze Clan-Debatte ist nicht nur ein Echo, sondern steht in der Kontinuität der NS-Sippenhaftung. Dieser Ansatz hat weder eine kriminologische noch eine empirische Berechtigung.

Was fordern Sie hier konkret?

Im Polizeigesetz muss *Racial Profiling* unterbunden werden. Durch die gesamte Laufbahn hindurch müssen Menschenrechtstrainings verpflichtend sein. Vor der Einstellung brauchen wir eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung, um Rassist*innen gar nicht erst in den Polizeidienst aufzunehmen, und wer später auffällig wird, muss umgehend entlassen werden. Das

bestätigen mir übrigens immer wieder kritische Beamt*innen. Sie sollten als Vorbild gelten und nicht als Nestbeschmutzer*innen.

Und was ist mit dem historischen Unrecht?

Wir werden mit einer Wahrheits- und Versöhnungskommission in diesem Jahr starten. Dabei wollen wir nicht einfach eine historische Forschungsarbeit in Auftrag geben. Der Weg zur Erkenntnis mit Hearings und öffentlicher Debatte ist mindestens ebenso wichtig. Die Community muss mitgestalten können, wie und zu was die Kommission arbeitet. Wir müssen viele Bereiche in den Blick nehmen: Polizei, Justiz, Wissenschaft, Ministerien, aber auch die kommunale Ebene. So haben Stadtverwaltungen nach 1945 Überlebenden, die aus Auschwitz in ihre Heimatkommune zurückgekommen waren, einfach die Geburtsurkunde verwehrt.

Wie kann dieses Unrecht heute erinnert werden?

Die Nachfahren müssen das Gedenken bestimmen, das ist bei der Gestaltung des Mahnmals im Tiergarten oder bei Gedenkstunden vom Bundestag bis in die Kommune entscheidend. So wichtig die Gedenkveranstaltungen am 2. August in Auschwitz oder am 27. Januar im Bundestag sind – wem dienen diese Anlässe? Wirklich den Toten und ihren Nachkommen oder doch nur unserer Selbstvergewisserung als demokratische und humane Gesellschaft? Wir gedenken der Toten und verachten die Lebenden. Nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität muss die Diskriminierung aufhören ...

... von Menschen, die einer nationalen Minderheit mit einer langen Geschichte angehören.

Deshalb brauchen wir auch historische Bildung: Mehr Wissen über Sinti*zze und Rom*nja heißt auch mehr Wissen über

unser Land. Diese Minderheit lebt seit über 600 Jahren hier, wenn Sie so wollen, ist sie schlichtweg deutsch. Wir haben aber ein defektes Selbstbild, was Deutschsein ausmacht. Dieses Land war schon immer multikulturell und multireligiös, das wurde nur durch einen überdrehten Nationalismus verdrängt.

Apropos überdrehter Nationalismus – NSU, Halle, Hanau oder auch der Übergriff in einem Dorf bei Ulm [siehe Beitrag von Chana Dischereit, Seite 16f.]: Sie haben Opfer mehrerer Anschläge vertreten. Was sind die Folgen dieser Gewalt?

Rechtsterror gab es in Deutschland auch schon vor dem NSU, doch erst seitdem können die Betroffenen, die Angehörigen vermehrt in der Öffentlichkeit sprechen und viel öfter werden sie nun auch gehört. Ganz wichtig ist dabei auch, dass sich die verschiedenen Initiativen intersektional vernetzen – auch wenn die Diskriminierung jeweils spezifisch ist, ist der Kampf gegen Rechtsterror und Diskriminierung doch ein gemeinsamer. Das Demokratiefördergesetz ist hier ein Anfang, um die Selbstorganisationen dauerhaft zu unterstützen – ohne ihnen die kritische Distanz zum Staat darüber zu nehmen. Wir haben ein sehr starkes Grundgesetz – doch seine Verwirklichung bleibt in dieser Gesellschaft hoch fragil.

Dr. Mehmet Daimagüler ist seit Frühjahr 2022 der erste Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung. Als Anwalt vertrat er Opfer rassistischer und antiziganistischer Hassverbrechen sowie Überlebende der NS-Verfolgung.

Das Interview führte **Matteo Schürenberg**. Er leitet die ASF-Öffentlichkeitsarbeit.

Antiziganismus im Ländle

Wie verbreitete Vorurteile und fehlende Intervention zu antiziganistischen Gewalttaten in einem Dorf bei Ulm führten.

Chana Dischereit

Antiziganistische Straftaten werden durch Ermittlungsbehörden und Justiz oft nicht als solche erkannt. Oder sie werden erst gar nicht angezeigt, weil Antiziganismus zum Alltag der Betroffenen gehört und ihr Vertrauen in die Behörden gering ist. Dies hat eine lange Geschichte: Die jahrhundertlange Sondererfassung von Menschen mit romanessprachigem Hintergrund durch die Polizei wurde nach 1945 nahtlos weitergeführt. Die Aufarbeitung der Geschichte des institutionalisierten Antiziganismus ist ein langsamer Prozess.

Die Folgen schlagen sich für die Betroffenen noch heute im Umgang der Polizei und der Justiz mit antiziganistischen Straftaten nieder, da diese erst seit wenigen Jahren dezidiert in den Blick genommen werden. Zwar werden antiziganistische Straftaten seit 2017 von der Polizei explizit als solche benannt und erfasst, dennoch erscheinen die Fallzahlen im Vergleich zu den als antisemitisch anerkannten Straftaten gering, die Dunkelziffer ist hoch. Der folgende Prozess ist einer von wenigen, bei denen die Staatsanwaltschaft explizit von einem antiziganistischen Tatmotiv ausging, das im Urteil ausdrücklich bestätigt wurde.

Versuchter Mord, Brandanschlag, Vertreibung

In Erbach-Dellmensingen, einem baden-württembergischen Dorf, das zur Gemeinde Erbach in der Nähe von Ulm gehört, reisten mehrere Personen mit dem Wohnmobil an. Sie mieteten von einem ortsansässigen Bauern für die Dauer von 14 Tagen eine Wiese für circa 13 Wohnwagen. Ihre Absicht war es, vor Ort einen Scherenschleiferdienst anzubieten, um Werkzeuge von Bauunternehmen und anderen Firmen zu schärfen.

Laut einer Aussage des Bauern rief der Ortsvorsteher Reinhard Härle bereits eine Viertelstunde nach ihrer Ankunft an, um mitzuteilen, dass es etliche Beschwerden aus dem

Dorf gäbe: Die Einheimischen fühlten sich gestört. Der Ortsvorsteher zog später vor Gericht seine Aussage zurück. Die Menschen auf der Wiese des Bauern wurden schnell zum »Gesprächsthema Nummer eins« im Dorf. Die Situation in Dellmensingen eskalierte nach und nach. Einige Jugendliche und junge Erwachsene verabredeten sich, um die Menschen zu vertreiben. Zuerst warfen drei der später fünf Angeklagten einen Knallkörper vor die Wohnwagen, der dort explodierte. Außerdem legten sie in unmittelbarer Nähe der Wagen ein Schild mit der Aufschrift »Not welcome« und »155 [89155 Erbach] bleibt deutsch« ab. Einige Tage darauf platzierten mehrere Angeklagte einen toten Schwan aus einem Stauwehr auf dem Gelände mit den Wohnwagen.

Schließlich taten sich die fünf Angeklagten zusammen und warfen in der Nacht des 24. Mai 2019 eine brennende Gartenfackel aus einem fahrenden Auto in Richtung Wohnwagen. Dabei sollen sie gegrölt haben: »Ihr seid nicht willkommen in Deutschland, ihr Zigeuner«. Die Fackel landete ein bis zwei Meter neben einem der Wohnwagen. Sie wurde von einer Person auf dem Campingplatz entdeckt und konnte schnell vom Wagen, in dem eine Mutter mit ihrem neun Monate alten Kind schlief, entfernt werden.

Die bedrohten Menschen riefen die Polizei. Diese stufte die Tat zunächst als Sachbeschädigungsdelikt ein, bevor die Akte zum Landeskriminalamt Baden-Württemberg geschickt wurde. Der antiziganistische Tathintergrund veranlasste die Staatsanwaltschaft Ulm, später die Staatsanwaltschaft Stuttgart, zu Ermittlungen wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung. Im Laufe der Untersuchung wurden die fünf Personen, die zum Tatzeitpunkt zwischen 17 und 20 Jahre alt waren, verhaftet und später vom Gericht wegen gemeinsamer Nötigung beziehungsweise Vertreibung verurteilt.

Etliche Hinweise sprechen dafür, dass sich die Angeklagten im rechtsextremen Milieu bewegten. Auf ihren Handys wurden beispielsweise Bilder zum Geburtstag von Adolf Hitler gefunden, aber auch eindeutig rassistische Abbildungen sowie eine Chatgruppe mit dem Namen »Auschwitzfunpark«. Dominik O. kommentierte dies im Prozess: »Wenn man nach [Chat-]Bildern auf den Handys geht, könnte man jedem zweiten in unserem Dorf 'ne Anzeige reindrücken«. Und der Angeklagte Julian F. kam zu dem Fazit: »Mein ganzes Dorf ist ziemlich rechts.«

Die Angeklagten räumten bei ihrer Einlassung am 11. Mai 2020, dem ersten Verhandlungstag, ein, dass sie die Personen auf dem angemieteten Stellplatz aufgrund von Vorurteilen vertreiben wollten. Bei Dominik O. und Julian F. klingt die Vorstellung durch, im Sinne der Dorfgemeinschaft gehandelt zu haben:

Dominik O.: »Es wurde schon immer gelästert oder sich aufgeregt, nur keiner hat den Mut, das zuzugeben. Sehr viele Leute haben sich beschwert oder berichtet, dass sie [die Roma] sich nicht gut verhalten haben im Dorf, dass sie bei Geschäften vorbeigegangen sind [...].« (Ebd.)

Richter: »Sie sagten, im Dorf war die Stimmung eher rechts?«

Julian F.: »Ich mache das daran fest, weil ich seit 18 Jahren da lebe, auf fast jedem Fest bin und bei jedem Fußballspiel auf der Tribüne stehe. Ich will aber keine Namen nennen.«

Richter: »Was ist denn da die Stimmung der Mehrheit, um was geht es denn da?«

Julian F.: »So fremdenfeindlich, nach Vorurteilen, aber nicht nationalsozialistisch. Eher so abgrenzend: Die wollen wir net [...] man sagt ja Sinti und Roma und damals hab' ich gesagt: Zigeuner, die klauen ja nur, brechen überall ein.«

Der Umgang mit der Tat in Erbach-Dellmensingen

Am 19. Mai 2020 wehrten sich Stadt- und Ortsverwaltung von Erbach und Erbach-Dellmensingen auf einer Pressekonferenz gegen die Äußerungen des Angeklagten Julian F., dass das »gesamte Dorf [...] ziemlich rechts« sei. Weder der Bürgermeister Achim Gaus noch der Ortsvorsteher Reinhard Härle wollten den Vorwurf so stehen lassen: »In Erbach gibt es selbstverständlich keinen Platz für rechtes Gedankengut«, erklärte Gaus, während Härle angab, von Bürger*innen aufgefordert worden

zu sein, gegen die Vorwürfe aktiv zu werden. Ferner gebe es keine Indizien dafür, dass das Dorf rechts sei; rechtsextreme Tendenzen unter Dellmensingener Jugendlichen seien nicht ersichtlich, vielmehr sei Dellmensingen »ein lebendiges und selbstbewusstes Dorf«. Zu den Äußerungen des Bürgermeisters und des Ortsvorstehers sagte der Landesvorsitzende des *Verbands Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg*, Daniel Strauß, gegenüber der *Südwest Presse*: »Es gibt kein Wort des Bedauerns. Das kann ich nicht nachvollziehen.« Die Verweigerung von Entscheidungsträger*innen, deutlich Stellung zu beziehen und sich mit der Tat und ihrer Tragweite auseinanderzusetzen, führt zu einer gefährlichen Melange von Akzeptanz und Brandbeschleunigung.

Rechter Radikalismus oder Mitte?

Vorurteile gegenüber Menschen mit romanessprachigem Hintergrund sind nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft verankert. Menschen werden als »fremd« konstruiert, wobei jahrhundertealte Stereotype fortleben, und zwar in einer weitgehend akzeptierten Form rassistischer Ausgrenzung. Die extreme Rechte kann hier an Diskurse, die in der Mehrheitsgesellschaft verbreitet sind, anknüpfen. Das Urteil belegt für einen konkreten Fall, was in Forschungen, wie der Leipziger Autoritarismus-Studie, für die gesamte Gesellschaft analysiert wird: Sinti*zze und Rom*nja werden nicht als Nachbar*innen gewollt. Zahlen aus dem Jahr 2020 belegen, dass circa 42 Prozent der Bevölkerung in Deutschland Sinti*zze und Rom*nja nicht in der eigenen Umgebung haben möchten und circa 53 Prozent glauben, dass Sinti*zze und Rom*nja zur Kriminalität neigen.

Welches Gesicht der Antiziganismus in der Mitte der Gesellschaft annehmen kann, wenn nicht früh und klar Stellung bezogen wird, zeigt sich beispielhaft wie in diesem Fall einer Eskalation: So glaubten auch die »Rebellierenden« während des antiziganistischen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen 1992 im Sinne der »Herrschenden« zu handeln. Es ist davon auszugehen, dass es auch in Erbach-Dellmensingen eine dominierende Meinung gegen Menschen mit romanessprachigem Hintergrund gab. Sie war offensichtlich ein Motivationsschub für die Tat. Dieser nachgewiesene Fall macht klar, dass Antiziganismus in Deutschland auch lebensgefährlich sein und Gewalt von der Mitte der Gesellschaft ausgehen kann.

Chana Dischereit ist wissenschaftliche Referentin im *Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg*.

GESCHICHTEN VON ROMNJA

Familienerzählungen von
Verfolgung, Widerstand und
Selbstbehauptung



VESNA NEZIRI



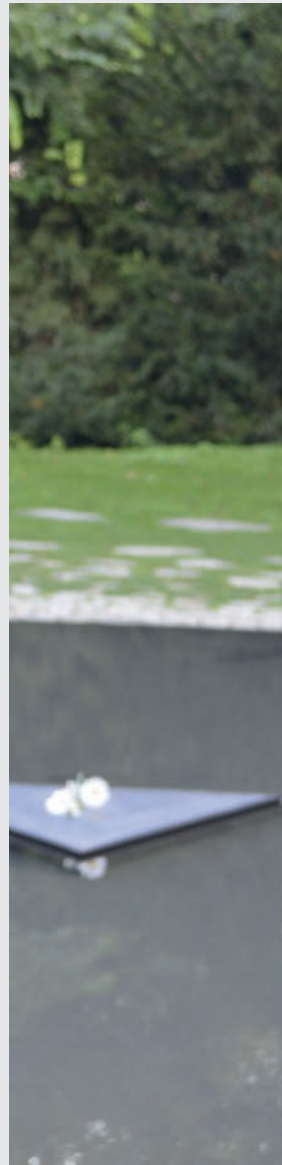
Sie sprechen
über



Meine Eltern haben den Krieg als Kinder überlebt. In meiner Kindheit im Kosovo hatten wir oft Stromausfall, dann kam die Familie zusammen und meine Eltern erzählten von ihren Erinnerungen an diese Zeit. Sie erzählten uns von den Bomben. Mein Opa war Partisan und mein Vater musste mitansehen, wie seine Eltern vor seinen Augen starben. Er ist allein aufgewachsen.

Während des Kosovokrieges 1999 lebte ich in Belgrad. Eine Bombe ist in unser Nachbarhaus eingeschlagen. Wir hatten Glück, dass wir überlebt haben. Heute lebe ich in Hannover, warte auf meine Aufenthaltsgenehmigung und besuche im Moment einen Deutschkurs. Im Integrationskurs »Leben in Deutschland« lernen wir auch über die Nationalsozialisten, über Auschwitz und die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Die Lehrer vermitteln uns Daten und Fakten über Deutschland. Sie sprechen ohne Gefühle über die Geschichte. Das ist für mich schwer auszuhalten. Viele meiner Mitschüler kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern der Welt und kennen den Zweiten Weltkrieg nicht aus ihren Familiengeschichten. Doch für mich ist es anders. Es macht mich traurig und gleichzeitig bin ich unendlich froh, dass ich selbst diese Zeit nicht erlebt habe.

Vesna Neziri, Romni, 1975 im Kosovo geboren, ist 1999 vor dem Kosovokrieg geflohen und lebt heute in Hannover. Sie ist verwitwet und Mutter von zwei Töchtern.



ohne Gefühle
die Geschichte.

Eine schmerzhaft, aber gute Reise

Henk van Iterson über seine Familiengeschichte, die noch immer offenen Wunden der Vernichtung und die späte Entdeckung eines lange vergessenen Gedenkortes

Wir hatten zuhause, wie alle, einen Vater und eine Mutter. Aber im Gegensatz zu meinen Freunden gab es nur einen Großvater und eine Großmutter, väterlicherseits. Und ich hatte nur niederländische Tanten und Onkel, auch väterlicherseits. Meine Mutter sah anders aus als die anderen Leute um uns herum. Sie hatte pechschwarzes Haar und wirkte immer, als käme sie gerade aus der Sonne. Auch sprach sie kein einwandfreies Niederländisch. Sie schrieb zum Beispiel »chocolade« nicht so, wie es im Niederländischen geschrieben wird, sondern »Schokolade«.

Unsere Mutter war Sinteza, oder, wie damals noch gesagt, eine »Zigeunerin«. Nun, eigentlich haben wir dieses Wort, das gerade von anderen meist abwertend und ausgrenzend benutzt wurde, nicht sehr oft verwendet. Mutter hatte uns gesagt, dass wir, wenn uns Freund*innen in der Schule fragten, woher sie komme, einfach sagen sollten, sie sei aus Ungarn. Es war besser das Wort »Zigeuner« nicht zu verwenden.

Wir sollen nicht erfahren, was ihr widerfahren war

Erst später haben wir verstanden, warum. Sie wollte nicht, dass wir jemals erfahren würden, was ihr widerfahren war. Nur weil sie Sinteza war. Mutter war zwei Jahre lang in Auschwitz inhaftiert gewesen. Und überlebte. Mehr oder weniger.

Wir waren eine normale Familie: Vater, Mutter und vier Kinder. Der Vater war Buchhalter. Meine Mutter kümmerte sich um die Kinder. Ich war der älteste Sohn.

Meine Mutter war vom Stamm der Lalleri und reiste in ihrer Jugend mit Pferd und Wagen durch ganz Osteuropa, von Estland bis Rumänien, nie allein, sondern immer mit mehreren Wagen zusammen. Sie verdienten ihr Geld mit dem Pferdehandel und musizierten auch auf Hochzeiten und Festen, sie waren gute Musiker*innen. Zu Hause sprachen sie Romanes, die Sprache der Sinti*zza. Mutter ging nicht zur Schule, aber sie war intelligent, und ein Onkel lehrte sie Deutsch in Wort und Schrift.

1939 verboten die Nationalsozialisten das Umherziehen der Sinti*zza. Die Familie meiner Mutter zog nach Berlin. Meine Mutter war damals 16 Jahre alt. Sie war hübsch und schlank und konnte gut tanzen. Sie bewarb sich an der Staatlichen Ballettschule und wurde angenommen: Bald würde sie eine Ausbildung als Ballett-Tänzerin beginnen. Um ihr Taschengeld aufzubessern, arbeitete sie gelegentlich als Statistin in Filmen der UFA. Leider verboten die Nazis Jüdinnen und Juden sowie Sinti*zza und Rom*nja den Zutritt, bevor sie die Ausbildung überhaupt erst beginnen konnte.

Im Jahr 1943 wurde ihre Familie aufgefordert, sich bei der Polizei zu melden; sie sollten neue Ausweispapiere erhalten. Dies stellte sich als List heraus: Die Familie wurde zusammengetrieben und mit dem Zug nach Auschwitz abtransportiert.

Auf dem Bahnsteig folgte sofort die Selektion. Dort stand ein SS-Offizier, der mit einer Handbewegung anzeigte, ob jemand nach links oder rechts gehen sollte. In die eine Richtung gingen alle älteren Menschen, Kinder und viele Frauen. Auch Mutter sollte in diese Richtung gehen. Sie ahnte aber, dass das nicht gut war, und sagte dem Offizier, dass sie stark sei und gut arbeiten könne. Ein anderer SS-Mann hob seine Peitsche. Aber der Offizier sah sie an und sagte: »In Ordnung, andere Seite«. Dieser Offizier war Josef Mengele.

Sie kam in das »Zigeunerlager«. Weil viele der inhaftierten Rom*nja nicht schreiben konnten, sie aber schon, wurde sie Blockschreiberin. Die Deutschen brauchten sie, was ihr wahrscheinlich das Leben rettete. Ihre Mutter, meine Großmutter, erlag dem Typhus, der Rest der Familie wurde vergast.

Als die Rote Armee Anfang 1945 heranrückte, wurde das Lager evakuiert. Diejenigen, die noch laufen konnten, wurden ins KZ Bergen-Belsen abtransportiert. Dort wurden sie im Frühjahr 1945 von der englischen Armee befreit. In Bergen-Belsen hatte meine Mutter sich mit einer jungen niederländischen Widerstandskämpferin angefreundet. Bevor sie starb, versprach meine Mutter ihr, ihre Eltern zu besuchen und ihnen von ihrem

Schicksal zu erzählen. Als dann das Rote Kreuz fragte, wohin sie gehen wolle – sie hatte ja nichts mehr und auch keine Familie mehr – sagte sie: nach Holland.

Ich fühlte mich als Sinto und hatte von Kindheit an Albträume

Meine Mutter lernte dort meinen Vater kennen, sie heirateten und 1948 wurde ich geboren. Ich war der älteste Sohn und in der traditionellen Welt der Sinti*zze haben die erstgeborenen Söhne eine besondere Stellung in der Familie: mit Privilegien, die die anderen Kinder nicht haben, aber auch mit Pflichten und Verantwortung. Als ich sechs Jahre alt wurde, schenkte mir ein bekannter Leiter eines Zigeunerorchesters eine Geige – als ältester Sohn musste ich das Geigenspiel lernen.

Von frühester Kindheit an hatte ich Albträume vom Krieg, von Folterungen, von Leichen. Als ich als Student wieder anfang, viel zu träumen, ging ich zum Psychiater der Universität. Aber der sagte mir nur, dass ich das nicht von meiner Mutter haben könne. Doch inzwischen wissen wir es besser: Traumata können über Marker auf den Chromosomen vererbt werden.

Unter meinen Geschwistern war ich der Einzige, der sich als Sinto fühlte. Und meine Mutter wusste das. Seit ich etwa 16 Jahre alt war, sprach sie gelegentlich mit mir über ihre Kindheit und über Auschwitz. 1986 reisten wir gemeinsam nach Berlin. Wir wollten sehen, wo ihr Haus in der Mulackstraße im Scheunenviertel inmitten der Stadt gestanden hatte. Sie hatte schon gehört, dass es bombardiert worden war. Es war nach über 40 Jahren noch immer eine Lichtung zwischen den anderen Häusern. Wie eine Wunde.

Ich habe damals viel über Auschwitz gelesen und gleich nach der Wende wollte ich dorthin fahren, um die Albträume der Verfolgung loszuwerden. Meine Mutter wollte anfangs nicht, dass ich dorthin fahre. Als ich aber zurückkam, wollte sie alles wissen und war froh, dass ich dort gewesen war. Ich habe ihr gesagt, dass ich sie begleite, wenn sie jemals zurückgehen wollte.

Ein paar Jahre später sagte sie zu mir: »Ich werde alt, aber ich kann jetzt noch reisen. Willst Du mit mir nach Polen kommen?« Wir fuhren hin. Es war emotional und schwierig, aber gut. Sie schrieb in das Gedenkbuch von Auschwitz: »Ich habe überlebt.«

Drei Generationen stehen am Grab

Es ist seltsam, wenn die gesamte Vergangenheit von jemanden ausgelöscht wird. Keine Familie, keine Fotos, keine Erinnerungsstücke. Alles, was Mutter wusste, war, dass es irgend-

wo in Deutschland ein Grab ihres Großvaters geben musste. Sie hatte ihn nie gekannt, er war 1915 gestorben, sie war 1922 geboren. Ihrer Erinnerung zufolge musste es in einem Ort namens »Ostendorf« liegen. Ich habe lange Zeit versucht, diesen Ort zu finden, aber »Ostendorf« existierte nicht. Bis das Internet verfügbar wurde. Es war 2001 und ich war zu Besuch bei meinen Eltern. Wir sprachen wieder über das unbekannte Grab von Nauri Weinlich, so der Name ihres Großvaters. Ich kam nach Hause und gab »Ostendorf« in den Computer ein. Und da war es! Nicht »Ostendorf«, sondern Osendorf, ein ehemaliges Dorf und inzwischen Teil der Stadt Halle (Saale).

Auf der Website www.osendorf.de, die von dem gebürtigen Osendorfer Peter Meinhard und seiner Familie moderiert wird, waren Fotos von Nauri Weinlichs Grab. Ich rief sofort bei Peter Meinhard an und besuchte einige Tage später zusammen mit ihm und seiner Frau das Grab. Und im Jahr 2003 haben meine Mutter, meine Tochter und ich, also drei Generationen, das Mausoleum in Osendorf besucht. Mutter war sehr glücklich, das Grab ihres Großvaters doch noch gefunden zu haben.

Man sollte meinen, Mutter hätte eine große Abscheu vor allen Deutschen gehabt. Das ist allerdings nicht der Fall. Schon Ende der 1950-er Jahre fuhren wir in den Urlaub in den Bayerischen Wald. Sie hat einfach gesagt: Nicht alle Deutschen sind Nazis gewesen. Meine Eltern haben sich dort mit einem deutschen Ehepaar angefreundet. Und weil sie noch die tätowierte KZ-Nummer auf dem Arm hatte, wurde danach gefragt. Das gefiel ihr nicht. Nach ihrer Rückkehr ließ sie sich die Nummer von einem Chirurgen entfernen.

Nach Auschwitz war ihr Nervensystem kaputt. Bis ins hohe Alter hatte sie fast jede Nacht Albträume. Sie wurde jahrelang von den besten Spezialist*innen behandelt, aber schließlich mussten sie aufgeben: »Wir können nichts für Sie tun, die Spätfolgen der KZ-Haft sind einfach zu schlimm.« Mutter starb einen Tag nach ihrem 90. Geburtstag, am 12. Februar 2012. Sie wurde so alt, weil sie einen eisernen Willen und große Disziplin hatte.

Die Geschichte endet aber nicht hier.

Das, was wir heute als »Mausoleum« in Osendorf bezeichnen, ist eigentlich ein Bestattungshaus in Form einer kleinen Kapelle. Dort ist also mein Urgroßvater begraben. Der bauliche Zustand ist heute sehr schlecht. Glücklicherweise wird derzeit versucht, das Gebäude zu erhalten und zu sanieren. Und mehr noch: Die Idee ist, diesen Ort zu einem Gedenkort zu machen, ein Zeichen des Respekts vor den Leiden, der Verfolgung und Vernichtung der Sinti*zze und Rom*nja.

Henk van Iterson ist 74 Jahre alt. Der Zahnarzt im Ruhestand lebt bis heute in den Niederlanden und arbeitet in Teilzeit als Akupunkteur.

Fotografien ohne Antiziganismus

Nihad Nino Pušija

Was sehen wir auf diesen Bildern? Wie sehen wir die Menschen an, die dort abgebildet sind? Das *RomArchive* wählte »50 Fotografien ohne Antiziganismus« des bosnisch-deutschen Fotografen Nihad Nino Pušija aus, von denen wir einige hier zeigen.

v. l. o. n. r. u.: Roma zu Hause, Berlin 1996 / Sprung von der historischen Brücke in Mostar, 1987 / Portland im US-Bundesstaat Maine, 1990 / Charlotte von Mahlsdorf in ihrem Gründerzeitmuseum, Berlin, 1997 / Palast der Republik, 2008 / Wallfahrtsort Medjugorje in der Herzegowina, 1986 / Rabija Z. mit ihrer blinden Tochter, Bosnien, 2004





Sehen und gesehen werden

Rom*nja und Sinti*zze in der Fotografie und die Macht des Blicks

Anton Holzer

Die ältere Frau blickt uns direkt an. Ihr Kopf und Oberkörper heben sich deutlich vom Dunkel des Hintergrunds ab. Mit ihrer rechten Hand hält die Frau sanft den Kopf einer zweiten, jüngeren Frau, die leicht unscharf im Bild ist. Diese hat die Augen geschlossen. Sie ist blind, erfahren wir aus dem Bildtext. Und sie ist, auch das sagt uns die Beschreibung, die Tochter von Rabija Z. Der Fotograf porträtiert die beiden Frauen in einer Situation intimer Nähe. Offenbar vertrauen sie ihm. Sein Foto ist ein berührendes Dokument, einerseits ist es ein doppeltes Porträt, andererseits aber auch eine Szene, die das Sehen und Gesehen-Werden zum Thema macht.

Der bosnisch-deutsche Fotograf Nihad Nino Pušija, der das Bild 2004 in Bosnien aufnahm, hat hier nicht nur zwei einander nahestehende Menschen porträtiert, sondern auch einen subtilen Kommentar zum Bildermachen geliefert. Die beiden Frauen, auch das erfahren wir in der Bildbeschreibung, sind Angehörige der Rom*nja. Ist das wichtig? Sehen wir das? Sollen wir das sehen? Ja und nein.

Nihad Nino Pušija fotografiert zwei Angehörige einer europäischen Minderheit, die häufig in stereotyper Weise in den Fokus der Fotografie geriet. Unser Fotograf versucht mit seinen Bildern, diese Stereotype zu durchkreuzen. Wir blicken die beiden Frauen mit den Augen des Fotografen an. Eine blickt zurück, die andere nicht, sie kann nichts sehen. Sie ist dem Blick der Kamera ausgeliefert. Die zärtliche Hand ihrer Mutter deutet freilich an: »Es ist gut.« Sehen und Gesehen-Werden – das sind die beiden zentralen Blickachsen, die fotografische Porträts kennzeichnen. In der bürgerlichen Fotografie des 19. Jahrhunderts wollten die Porträtierten im Atelier als Angehörige ihres sozialen Standes gesehen werden. Der Fotograf – in der überwiegenden Mehrzahl waren damals Männer die Fotografierenden – kam diesem Auftrag nach.

Es gibt in der Geschichte der Porträtfotografie aber auch ganz andere Formen des Porträts. Diese sind vom taxierenden, ausschließenden, herabwürdigenden Sehen geprägt. Die fotografische Geschichte der Rom*nja und Sinti*zze wurde über viele Jahrzehnte durch dieses diskriminierende Sehen beherrscht. Das beginnt schon bei der einfachen Tatsache, dass Rom*nja und Sinti*zze sehr lange Zeit nur die Fotografierten,

aber nicht die Fotografierenden waren. Zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg sind fast alle fotografischen Bilder, auf denen Angehörige der Minderheit zu sehen sind, von Nicht-Rom*nja und Nicht-Sinti*zze aufgenommen worden.

Auf diese Weise entsteht ein Machtgefälle, das mit jenem des Kolonialismus vergleichbar ist. Auch dort wurde die gesellschaftliche und politische Ausbeutung begleitet von der fotografischen Inszenierung und Darstellung der Fremden und Anderen als minderwertig. Auch dort bilden die Typologisierung, die Stereotypisierung und die Abwertung die zentralen Merkmale der fotografischen Blickachsen. Das zeigt sich unter anderem in der Betonung stereotyper gruppenspezifischer Attribute, etwa im Aussehen, in der Kleidung oder im Ambiente, in dem die Aufnahme entsteht. Die Folge ist, dass die kollektive Identität, der die Dargestellten klischeehaft zugerechnet werden, individuelle Identitäten zudeckt oder auslöscht.

Zwar gibt es die ersten Fotografien von Rom*nja und Sinti*zze bereits aus den 1850-er Jahren, also wenige Jahre nach der Erfindung der Fotografie 1839. Aber erst als die Minderheit in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkt in den Fokus der staatlichen Aufmerksamkeit geriet, entstanden Bilder in größerer Stückzahl. Staatliche Repression und typologisierender Blick gingen dabei lange Zeit Hand in Hand. In der Fotografie wurden Rom*nja und Sinti*zze nun oft als »gefährliche Elemente« dargestellt. Parallel dazu aber entstanden ganz andere Bilder, die die Angehörigen der Minderheit in ein romantisches und exotisches Licht rückten. Rom*nja und Sinti*zze wurden als angebliche »Vagabunden« zur Projektionsfläche bürgerlicher Fantasien, während sie zugleich als außerhalb der bürgerlichen Zivilisation stehend abgewertet wurden.

Im nationalsozialistischen Deutschland der 1930-er Jahre gipfelte dieses Doppelspiel zwischen Projektion und Repression in der systematischen Verfolgung und schließlich im Völkermord. Die Bildbestände aus diesen Jahren umfassen rasenbiologische und -anthropologische Aufnahmen ebenso wie Fotodokumente, die die Verfolgung und Deportation von Sinti*zze und Rom*nja in die NS-Konzentrations- und Vernichtungslager zeigen.

In den ersten Jahrzehnten nach 1945 wurde diese Verfolgungsgeschichte kaum – auch nicht in Bildern – thematisiert, die populäre Ikonografie (etwa in Fotobänden, aber auch in der illustrierten Presse) hielt, so als ob zwischen 1933 und 1945 nichts geschehen sei, weiterhin an der romantisierenden und diskriminierenden Darstellung der Rom*nja und Sinti*zze fest.

Erst in den 1970-er und 1980-er Jahren wurde – zumindest in der Bundesrepublik Deutschland – diese Sichtweise einer ersten, wenn auch eingeschränkten Revision unterzogen. Unter dem Einfluss politischer und sozialer Bürgerrechtsbewegungen wurde ein gesellschaftlicher Dialog mit Sinti*zze und Rom*nja begonnen. Die öffentliche Darstellung diversifizierte und differenzierte sich. Auch in der Fotografie schlug sich dieser emanzipatorische Schritt nieder. Es gab immer noch pauschalisierende Darstellungen, aber sie wurden nun auch ergänzt um Fotoprojekte, die die Minderheit auf Augenhöhe zeigten.

Der Fotograf Nihad Nino Pušija, der 1992 nach dem Beginn des Kriegs aus seiner bosnischen Heimat flüchten musste und zuerst in London, später in Berlin eine neue Heimat fand, versucht in seinen Bildern der Rom*nja und Sinti*zze die Macht

der Stereotypen und der Folklore zu durchbrechen. Er stellt die Menschen, die er fotografiert, bewusst nicht in das Eck der Exotik, sondern begreift die Porträts, Straßenszenen und Momentaufnahmen als Teil der großen, vielschichtigen europäischen Kultur. Sehen wir seine Fotografien (eine Auswahl seiner Bilder ist auf Seite 22/23 abgebildet), noch einmal genauer an:

Wer ist Rom*nja, wer nicht? Wir wissen es oft nicht. Und es spielt auch keine große Rolle. In seinen Fotografien zeigt Pušija Menschen an ganz unterschiedlichen Orten in ihrem Alltag, in gewöhnlichen und ungewöhnlichen Situationen. Ob sie einer ethnischen, nationalen oder religiösen Gruppe angehören, ob sie Sinti*zze oder Rom*nja sind, ist den Bildern häufig nicht zu entnehmen. Gerade, weil der Fotograf den typologisierenden Blick verweigert, der die Fotografie der Rom*nja und Sinti*zze über so lange Zeit geprägt hatte, leistet er einen wichtigen Beitrag zum offenen, unvoreingenommen Sehen.

Dr. Anton Holzer ist Fotohistoriker, Publizist, Ausstellungskurator und Herausgeber der Zeitschrift *Fotogeschichte*.
www.anton-holzer.at

Nihad Nino Pušija wurde 1965 in Sarajevo geboren und lebt und arbeitet heute als Fotograf in Berlin. Er wirkte an verschiedenen Foto-Projekten in England, Belgien, Italien und den USA mit. 1994 leitete er das Projekt »Zyklop foto fabrik« bestehend aus einer Gruppe junger Künstler*innen, die ihr Studium wegen des Krieges im früheren Jugoslawien aufgeben mussten. Sie setzten sich mit Bosnien, mit Flüchtlingsfragen, Konfliktlösung, Integration und der Lage der Sinti*zze und Rom*nja in Europa auseinander. 2007 war er Teil von »Paradise Lost«, dem ersten Rom*nja-Pavillon auf der 52. *Biennale di Venezia*.

Die Gesichter, die seine Bilder bewohnen, erscheinen als Projektionen von Ereignissen. Für den Künstler ist Fotografie ein Medium, um sich die eigene Identität und das eigene Selbstbild (zurück) zu erkämpfen – sowohl für ihn als Künstler wie auch für die Abgebildeten.

www.fotofabrika.de

»50 Fotografien ohne Antiziganismus« Fotoserie von Nino Nihad Pušija im RomArchive

»Wie schwer ist es, eine Kultur durch Fotografien kennenzulernen und wie speziell ist dieser Kennenlernprozess im Fall der Kultur von Sinti*zze und Rom*nja?«¹ Und wie kann dabei eine Selbstbestimmung und Selbstrepräsentation der sogenannten Sinti- und Roma-Fotograf*innen stattfinden? Kann eine Fotoserie zeitgenössischer Fotografie das vorurteilsfreie Interesse für das »Andersein« öffnen und gegen einen Automatismus des Antiziganismus auftreten? Diese Störung des Bildkanons versucht die von André Raatzsch im *RomArchive* zusammengestellte Bildreihe.

RomArchive ist ein digitales Archiv für die Künste und Kulturen der Sinti*zze und Rom*nja, das Kunst aller Gattungen archiviert und um zeitgeschichtliche Dokumente und wissenschaftliche Positionen erweitert. Als international zugänglicher Ort, der diese Kulturen und Geschichten sichtbar macht, begegnet es beständigen Fremdbeschreibungen und Stereotypen mit einer von Sinti*zze und Rom*nja selbst erzählten Gegengeschichte. Die Kuratorenteams und der Beirat sind vornehmlich mit Sinti*zze und Rom*nja besetzt.

www.romarchive.eu

1 Csajók, Anita (2006): Probleme der Repräsentation – Roma-Fotografie im ethnographischen Feld und im Ausstellungsraum. In: Berliner Blätter, ethnographische und ethnologische Beiträge, Berlin: Bd. 39.

Späte Erinnerung trotz vieler Widerstände

Für die NS-Verfolgung der Rom*nja und Sinti*zze auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik war in der Öffentlichkeit lange kein Platz, während die Minderheit in der Nachkriegszeit assimiliert werden sollte. Erst spät erkämpften sich Angehörige und Aktivist*innen ein würdiges Gedenken.

Michal Schuster

Wie in anderen Teilen Europas waren auch auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik die böhmischen und mährischen Rom*nja und Deutsch sprechende oder im deutschsprachigen Grenzgebiet lebenden Sinti*zze neben der jüdischen Bevölkerung die zweite Gruppe, die auf Grundlage der nationalsozialistischen Rassenideologie verfolgt wurde. Die Verfolgung der als »Zigeuner und Zigeunermischlinge« bezeichneten Menschen betraf zunächst diejenigen, die in den nach dem Münchner Abkommen im Herbst 1938 an Deutschland angeschlossenen Gebieten verblieben waren.

Nach der Besetzung der übrigen böhmischen Länder durch die Nationalsozialisten und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren im März 1939 wurden nach und nach alle »zigeunerfeindlichen« Bestimmungen, die in den 1930-er Jahren in Nazi-Deutschland eingeführt worden waren, auch hier übernommen. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen der Protektoratsbehörden entsprachen der von der NS-Führung angestrebten »Endlösung der Zigeunerfrage« – der systematischen Vernichtung der Sinti*zze und Rom*nja.

Die Ermordung der böhmischen und mährischen Rom*nja und Sinti*zze

Nach der Umwandlung der vormaligen »Arbeitserziehungslager« Lety u Písku und Hodonín u Kunštátu in sogenannte »Zigeunerlager« erfolgte ab August 1942 die zielgerichtete Erfassung »aller Zigeuner, Zigeunermischlinge und nach Zigeunerart lebenden Personen«. Den entsprechenden Erlass zur »Bekämpfung des Zigeunerwesens« gab der Chef der Polizei und des Sicherheitsdienstes in Prag, Horst Böhme, heraus. Etwa 2.700 Männer, Frauen und Kinder, von denen ein Viertel die Internierung aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen nicht überlebte, durchliefen diese Lager.

Die verbliebenen Häftlinge sowie die bis dahin Entlassenen, insgesamt etwa 4.500 als »Zigeuner und Zigeunermischlinge« bezeichnete Personen, wurden in den Jahren 1943 und 1944 auf der Grundlage des sogenannten Auschwitz-Erlasses des SS-Führers Heinrich Himmler von den Protektoratsbehörden in sieben Massentransporten in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Das gleiche Schicksal ereilte rund 1.000 Männer, Frauen und Kinder aus den böhmischen und mährischen Grenzgebieten des Dritten Reiches, die zusammen mit deut-

schen und österreichischen Sinti*zze und Rom*nja nach Auschwitz deportiert wurden. Nur etwa ein Zehntel der Verfolgten aus den böhmischen Ländern überlebte die Internierung in diesem und anderen Konzentrationslagern.

Vergessen und Erinnern in der Nachkriegszeit

Trotz der in aller Öffentlichkeit vollzogenen Deportationen wurde das Thema der nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti*zze und Rom*nja in der Tschechoslowakei in der Nachkriegszeit sowohl vom Staat als auch von der Mehrheitsgesellschaft völlig ausgeklammert. Der Staat förderte ein einheitliches Gedenken an das kollektive Leiden der tschechoslowakischen Nation während des Zweiten Weltkriegs – doch diese Minderheit (wie auch die jüdische Bevölkerung) waren nicht Teil des etablierten Bildes der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Zudem weigerte sich die Mehrheitsgesellschaft, ihre (Mit-)Verantwortung für die Verbrechen an den Rom*nja und Sinti*zze einzugestehen. Ein weit verbreiteter Antiziganismus bestand weiterhin fort. Zugleich wurde eine Politik der erzwungenen Assimilierung von »Personen zigeunerischer Abstammung« durchgesetzt.

Die einzigen beiden Strafprozesse der Nachkriegszeit, die sich mit den Ereignissen im Zusammenhang mit diesem Völkermord befassten, sind bezeichnend für die Situation. Während im ersten Prozess 1947 Blažej Dydy, ein Roma-Häftling und Häftlingsfunktionär in den »Zigeunerlagern« in Hodonín u Kunštátu und Auschwitz-Birkenau, für seine Mitwirkung in der Zwangslage der eigenen KZ-Inhaftierung zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, wurde im zweiten Prozess 1948 Josef Janovský, der ehemalige Kommandant des »Zigeunerlagers« in Lety u Písku, von allen Anklagepunkten freigesprochen.

Wie sehr dieser NS-Völkermord in der kommunistischen Tschechoslowakei ignoriert und marginalisiert wurde, zeigt sich auch am Umgang mit den historischen Verfolgungsorten: Während das Gelände des ehemaligen Lagers in Hodonín u Kunštátu seit den 1950-er Jahren als Freizeiteinrichtung für Kinder und Erwachsene diente, befand sich auf dem Gelände des identischen Lagers in Lety u Písku seit Anfang der 1970-er Jahre eine Schweinemastanlage. Das Gedenken an diese Gruppe von NS-Opfern fand daher vor allem im privaten Rahmen einzelner Familien statt, öffentliche Gedenkveranstaltungen waren selten. Dank sporadischer Bemühungen wurden zumindest an einigen Verfolgungsorten Gedenktafeln angebracht oder bescheidene Denkmäler errichtet.

Eine wichtige Rolle für das Gedenken an die Opfer spielten auch die Aktivitäten von *Svaz Cikánů-Romů* (Verband der Zigeuner-Roma), der ersten Rom*nja-Organisation in der Tschechoslowakei, die Ende der 1960-er Jahre im Zuge der Entspannung der politischen Lage gegründet wurde. Bevor sich der Verband auf Druck der kommunistischen Partei 1973 auflösen musste, hielt er seine erste öffentliche Versammlung auf dem Gelände eines Massengrabes für Häftlinge des ehemaligen Zigeunerlagers in Hodonín u Kunštátu ab.

Erst ab den 1970-er Jahren wurden vereinzelt Forschungen zum Thema Völkermord an den Rom*nja und Sinti*zze durchgeführt (vor allem durch die Arbeiten des Historikers Ctibor Nečas). Die Ergebnisse konnten jedoch nur in begrenztem Umfang publiziert werden und blieben somit weitgehend unbeachtet.

Ringens um Anerkennung nach 1989

Erst nach der *Samtenen Revolution* 1989 war eine Entwicklung im Bereich der Forschung, Erinnerung und Bildung zu diesem Thema möglich. Neue Rom*nja- und Nicht-Rom*nja-NGOs und -Verbände, einzelne Politiker*innen, Expert*innen und Aktivist*innen sowie Nachkommen von Opfern des Nationalsozialismus unter Rom*nja und Sinti*zze begannen damals gegen das vierzig Jahre währende gesellschaftliche Vergessen dieser Opfergruppe anzukämpfen. So wurden an verschiedenen Orten in der Tschechischen Republik öffentliche Gedenkveranstaltungen abgehalten, Gedenktafeln und Denkmäler aufgestellt, später auch Stolpersteine verlegt, Entschädigungen an die ehemaligen Häftlinge des Nationalsozialismus oder ihre Hinterbliebenen gezahlt, Fachartikel und Bücher zum Thema veröffentlicht, Dokumentarfilme und Ausstellungen produziert. Auch fand das Thema Eingang (wenn auch nur am Rande) in die Lehrpläne im Bereich der Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung.

Die kontinuierlichen und langfristigen Aktivitäten führten zu einer grundlegenden Umgestaltung des Geländes der ehemaligen »Zigeunerlager« des Protektorats. Čeněk Růžička (1946–2022), der aus einer tschechischen Rom*nja-Familie stammte und dessen Eltern in Lety u Písku inhaftiert waren, wurde zu einer Symbolfigur dieser Bemühungen. Es ist insbesondere den außerordentlichen Bemühungen von Čeněk Růžička und seinem Verein zu verdanken, dass die denkmalgerechte

Sanierung des ehemaligen Lagers – das ja zwischenzeitlich als Mastanlage diente – in Lety nicht nur in Tschechien, sondern auch international breiter thematisiert wurde. Der lange und schwierige Kampf endete erst 2018, als das Privatgelände der Schweinemastanlage vom tschechischen Staat gekauft und vom *Muzeum romské kultury* (Museum der Roma-Kultur) in Brno übernommen wurde, das dort eine Gedenkstätte errichten wird. Seit 2021 erinnert eine Dauerausstellung in der neu errichteten Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Lagers in Hodonín u Kunštátu an dessen lang verschwiegene Geschichte.

Mit der Errichtung der Gedenkstätten und dem Tod von Čeněk Růžička im Dezember 2022 wird der Prozess der Aufarbeitung in der tschechischen Gesellschaft sicherlich nicht abgeschlossen sein, ebenso wenig wie der Kampf gegen Antiziganismus und Diskriminierung, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung der Rom*nja- und Sinti*zze-Bevölkerung in der Tschechischen Republik. Bleiben sie weiterhin eine marginalisierte Gruppe, wird ihr historisches Gedächtnis auch zukünftig nur einen Platz am Rande der kollektiven Erinnerung einnehmen und der Völkermord an ihnen während des Krieges nicht zu einem integralen Bestandteil der tschechischen Geschichtsschreibung werden.

Michal Schuster ist Historiker mit Schwerpunkt auf der Geschichte der Rom*nja und Sinti*zze sowie der Regionalgeschichte Mährens. Er war Kurator im *Museum für Roma-Kultur* in Brno, am *Institut Theresienstädter Initiative* und ist seit 2022 für die *Schola Fidentiae* in Prag tätig, seit vielen Jahren außerdem auch für den ASF-Partner *Živá paměť*.

Übersetzung: Bianca Lipanska

Gegen Vorurteile vorzugehen ist eine Frage der persönlichen Verantwortung

Eine ASF-Freiwillige über ihre Arbeit im *Museum der Roma-Kultur* im tschechischen Brno

Fritzi Bode

An meinem ersten Arbeitstag im *Museum der Roma-Kultur* in Brno hat meine Chefin mich vorgewarnt. »Viele Leute werden seltsam reagieren, wenn du ihnen sagst, dass du im Museum für Roma-Kultur arbeitest.« Doch auch ohne die Erwähnung meines Arbeitsplatzes, bekommt man selbst als Nichtmutter-sprachlerin die Vorurteile und Abneigungen vieler Menschen in Tschechien gegen Rom*nja mit. Wie mir auch aus Deutschland bekannt, hat Tschechien ein Antiziganismusproblem, doch für einen genaueren Vergleich fehlt mir die Expertise. Der Hass gegen Rom*nja ist in meinem Alltag in Tschechien jedenfalls viel präsenter, als er es in Deutschland war, wo ich nur selten mit diesem Thema in Kontakt kam.

Häufig schnappe ich Wörter in Gesprächen meiner Kolleg*innen in der Wohneinrichtung auf, wie »Vulgarní«, »Nežentelman« (keine gute Kinderstube), »Nepořadnost« (Unordentlichkeit), »Cigani«. Dann wünsche ich mir, das Gesagte falsch verstanden zu haben. Oder ich lese in den Medien von Stanislav Tomáš, einem 46-jährigen Rom, der infolge von Polizeigewalt sein Leben verlor. Oder über die Diskriminierung von aus der Ukraine geflüchteten Rom*nja bei ihrer Ankunft in Tschechien am Prager Hauptbahnhof. Vor kurzem war ich außerdem bei meinem ersten Eishockeyspiel, wo die Spieler der gegnerischen Mannschaft vom Publikum lautstark als »Zigeuner« beleidigt wurden.

Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* zufolge ist die Diskriminierung von Rom*nja in Tschechien nach wie vor allgegenwärtig – insbesondere im Wohnungs- und Bildungswesen. Tatsächlich manifestiert sich der Antiziganismus sogar im Auftreten des ersten Mannes im Staat, dem bis März 2023 amtierenden Präsidenten Miloš Zeman. Er bezeichnete die Rom*nja-Gemeinschaft öffentlich als »nicht anpassungsfähig«, wobei er bewusst ein Wort aus der Nazi-Zeit verwendete. Andrej Babiš wiederum sagte in seiner Zeit als Ministerpräsident Tschechiens: »Es gab eine Zeit, in

der alle Roma arbeiteten. Was die Zeitungen schreiben, diese Idioten, dass das Lager in Lety ein Konzentrationslager war, das ist eine Lüge, es war ein Arbeitslager. Jeder, der nicht gearbeitet hat, war dort.«

Das Museum klärt über die Geschichte der Rom*nja auf. Während der Führungen konnte ich miterleben, wie Besucher*innen, die sich zuvor nur wenig oder gar nicht mit dem Thema beschäftigt hatten, anfangen Vorurteile als diese zu erkennen und zu hinterfragen. Auch ich habe in den sechs Monaten, in denen ich in Tschechien lebe und arbeite, eine Menge gelernt.

Mittlerweile fühle ich mich in der Lage, in eine Diskussion einzusteigen, gegen Vorurteile zu argumentieren und rassistische Aussagen über Rom*nja nicht einfach hinzunehmen. Das tue ich, weil ich eine persönliche Verantwortung dafür fühle, Menschen mit ihren Anti-Rom*nja-Aussagen zu konfrontieren. Ich habe den Eindruck, dass dies für viele Menschen hier ungewöhnlich ist. Es scheint nicht oft vorzukommen, dass jemand eine von den gängigen Stereotypen abweichende Meinung hat und diese offen äußert.

Besonders überraschend war für mich, dass Antiziganismus nicht nur in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet zu sein scheint, sondern dass ich auch im linken Milieu Diskussionen darüber führen musste. Bei einem Crowdfunding im Rahmen der Kampagne »Energie Lidem« (Energie für die Menschen), die versucht von Energiearmut betroffene Menschen im Winter zu unterstützen, entgegnete eine Frau, als ich erzählte, wo ich arbeite, dass sie sich das nicht zutrauen würde. Sie würde diesen Teil der Stadt meiden, da es ihr dort zu gefährlich sei. Im Laufe der Diskussion, die sich daraufhin zwischen uns entwickelte, packte sie nach und nach ein Vorurteil nach dem anderen auf den Tisch.

Sie war sehr erstaunt, dass ich eine andere Meinung vertrat, weil ja gerade ich »häufiger in Kontakt« mit Rom*nja stünde und daher wissen müsse wie schlimm sie seien. Ich glaube nicht, dass ich ihre Einstellung zu Rom*nja grundlegend ändern konnte, denn sie entgegnete auf meine Position nur mit der Aussage, dass ich über ganz andere Erfahrungen mit Rom*nja verfüge, weil ich nicht aus Tschechien komme. Aber zumindest weiß sie jetzt, dass nicht alle Menschen ihre rassistischen Aussagen ohne Widerspruch hinnehmen. Ich hoffe trotzdem, dass ich ihre Einstellung zumindest ein wenig erschüttern konnte.

Angesichts solcher Zustände muss sich also noch einiges tun. Dennoch sind stellenweise Fortschritte im Kampf für die Rechte der Rom*nja zu verzeichnen. Der Mord an Stanislav Tomáš löste zahlreiche Proteste innerhalb Tschechiens und

im Ausland aus. Ein Video, das zeigte, wie er zu Tode kam, ging viral, was zu Vergleichen mit dem Mord an George Floyd in den Vereinigten Staaten und zu Protesten gegen Antiziganismus führte. Auch die Diskriminierung von ukrainischen Rom*nja-Flüchtlingen wurde öffentlich kritisiert. Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar unterlag Andrej Babiš seinem Herausforderer Petr Pavel, womit nun auch die Amtszeit von Zeman zu Ende geht. Hoffentlich wundert sich in ein paar Jahren niemand mehr, wenn eine Nicht-Romni die Rom*nja öffentlich verteidigt.

Fritzi Bode ist 2022/2023 ASF-Freiwillige im Projekt *Museum für Roma-Kultur* in Brno (Brünn). Ihr Dienst findet im Rahmen des *Europäischen Solidaritätskorps (ESK)* statt und wird von der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens* gefördert.

»Ich kann mich an so viele Geschichten von Menschen erinnern, denen ich in diesem Jahr geholfen habe«

Joanna Matera über ihren Dienst in der Londoner *Roma Support Group*

In meinem Jahr als ASF-Freiwillige hatte ich die Möglichkeit in der *Roma Support Group (RSG)* mitzuarbeiten. Das ist eine Wohltätigkeitsorganisation. Sie setzt sich seit über 20 Jahren dafür ein, das Leben der Mitglieder der Rom*nja-Gemeinschaft zu verbessern, indem sie ihnen hilft, Vorurteile, Isolation und Diskriminierung zu überwinden. Dabei nimmt die Organisation die gesamte Gesellschaft in den Blick. Deshalb entwickelt sie Ansätze, um Nicht-Rom*nja mit dem Erbe der Rom*nja, ihrer Kultur und auch mit den Problemen vertraut zu machen, mit denen sie sich als Gemeinschaft konfrontiert sehen.

Die RSG setzt mehrere Projekte um, an denen ich teilnehmen konnte. Im Zentrum stehen Beratung und Interessenvertretung. Die Mitglieder des Teams unterstützen die Rom*nja-Gemeinschaft in Fragen der Sozialhilfe, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, beim Schuldenmanagement oder dem Zugang zu Gesundheit und Bildung. Ein großer Teil der Projektarbeit

besteht in der Anfechtung behördlicher Entscheide, beispielsweise der Wohnungsämter. Zudem mussten im Zuge des Brexit viele Menschen bei aufenthaltsrechtlichen Problemen unterstützt werden.

Meine Aufgaben konzentrierten sich dabei auf das Dolmetschen für die Rom*nja-Gemeinschaft, vor allem bei Terminen im Rahmen der Beratungssitzungen, sowie bei von uns organisierten öffentlichen Versammlungen. Ich kann mich an Hunderte von Geschichten von Menschen erinnern, denen ich in diesem Jahr geholfen habe. Dabei unterstützen mich meine erfahrenen Kolleg*innen tatkräftig.

Joanna Matera aus Prosenie/Polen war 2018/2019 ASF-Freiwillige im Internationalen Freiwilligenprogramm in Großbritannien. Hier arbeiten ASF-Freiwillige aus Deutschland und Polen zusammen. Ihr Dienst wurde vom *Europäischen Freiwilligendienst (EVS)* gefördert.

Verfolgung und Ermordung von Sinti*zze und Rom*nja am Rand von Berlin

Veranika Khamuleva über ihre Arbeit in der Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn*

Die Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.* befindet sich am historischen Ort des ehemaligen NS-Zwangslagers für Sinti*zze und Rom*nja. Das Lager wurde als eine der vorbereitenden Maßnahmen für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin auf einem unwirtschaftlichen Gelände am Rand von Rieselfeldern errichtet.

Die im Lager internierten Menschen waren katastrophalen hygienischen und medizinischen Bedingungen und Hunger ausgesetzt, was zu zahlreichen Krankheits- und Todesfällen führte. Sie wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet und dienten zudem als Forschungsobjekte der »Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle« (RHF) im Reichsgesundheitsamt. 1943 wurden die meisten Berliner Sinti*zze und Rom*nja von Marzahn aus nach Auschwitz deportiert. Nur wenige überlebten die NS-Vernichtungslager.

Seit 2011 informiert eine Open-Air-Ausstellung über die Geschichte dieses Ortes und erinnert an die Menschen, die dort inhaftiert waren. In der Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.* finden Führungen, Fortbildungen und Workshops, Lesungen sowie Gedenkveranstaltungen statt.

Ich engagiere mich vor allem bei der Geschäftsstelle der Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.*, die sich in unmittelbarer Nähe zur Open-Air-Ausstellung befindet. Zur Ge-

schäftsstelle gehören eine kleine Bibliothek und ein Archiv, die zusammen mit der Ausstellung die Grundlage für Bildungsangebote zur Geschichte der Berliner Sinti*zze und Rom*nja und ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus darstellen.

Meine Haupttätigkeit besteht im Aufbau der Bibliothek der Gedenkstätte, indem ich die Bücher nach Sachthemen und Autor*innen katalogisiere und die Informationen über jedes Buch im Programm für Literaturverwaltung *Citavi* eintrage. Außerdem helfe ich bei der Organisation von Führungen für Schüler*innen, die von der Vorsitzenden der Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.* und des *Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V.*, Petra Rosenberg, durchgeführt werden. Während der Führung erzählt Petra Rosenberg von ihrem Vater – Otto Rosenberg, der im Alter von neun Jahren mit seiner Familie im Zwangslager interniert und später nach Auschwitz deportiert wurde. Dort wurde seine ganze Familie ermordet. Petra Rosenberg liest den Schüler*innen einige Passagen aus dem Buch ihres Vaters »Brennglas« vor, in dem er über das Leben im Zwangslager aus der Perspektive des Kindes erzählt.

Veranika Khamuleva aus Tschawussy/Belarus war 2021/2022 ASF-Freiwillige im Internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland. Ihren Freiwilligendienst leistete sie bei *Asyl in der Kirche* und in der Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.*

Lernprozesse von Schüler*innen und Freiwilligen

Ekaterina Suverneva

Neben anderen Tätigkeiten bereite ich Aufgabenbögen für Schüler*innen vor, die zu Besuch in die Gedenkstätte kommen. Das ist eine wirklich interessante Erfahrung für mich, die Meinungen von deutschen Jugendlichen zum Thema »Sinti*zze und Rom*nja in der Zeit der NS-Herrschaft« zu hören. Einmal sind Schüler*innen einer 5. Klasse zu uns gekommen und haben ein kleines Theaterstück zu diesem Thema aufgeführt. Es dauerte weniger als zehn Minuten, aber es hat die Leiterin der Gedenkstätte und mich zum Weinen gebracht. Die Anteilnah-

me und das Interesse der Kinder an der Geschichte zeigen mir auch viel über die Bildung als festen Bestandteil der Politik Deutschlands.

Ekaterina Suverneva aus Wolgograd/Russland ist 2022/2023 ASF-Freiwillige in den Projekten *Asyl in der Kirche* und der Gedenkstätte *Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.* Ihr Dienst findet im Rahmen des *Europäischen Solidaritätskorps (ESK)* statt.

ASF und BAG K+R beim Evangelischen Kirchentag

7.–11. Juni 2023 | Messe Nürnberg, Halle 4

Programm mit Ständen, Gesprächsrunden, Lesungen, Workshops und Gottesdiensten – unter anderem mit Boris Zabarko, Petra Pau, Katharina Döbler, Ruth Hess und Jonas Miller

TERMINE

24. APRIL 2023 | 18 UHR

Zoom-Meeting

»Unsere Geschichte, unsere Gegenwart. Sinti*zze und Rom*nja zwischen Verfolgung, Widerstand und Selbstbehauptung«

Digitaler ASF-Salon mit Silas Kropf

12./13. MAI 2023

Berlin | Parochialkirche

ASF-Jahrestagung: »Judenfeindschaft – Tradierungen. Erscheinungsformen. Interventionen«

14. MAI 2023

ASF-Mitgliederversammlung

Anmeldung ab Ostern möglich

16.–18. JUNI 2023 | Prag

Jubiläum 30 Jahre ASF-Freiwillige in Tschechien

Empfang in der Deutschen Botschaft, Ehemaligentreffen, Projektbesuche und Gottesdienst

23.–24. JUNI 2023 (neuer Termin)

Brüssel

Jubiläum 60 Jahre ASF-Freiwillige in Belgien

Empfang in der Deutschen Botschaft und Ehemaligentreffen

28. JUNI 2023 | 18 UHR

Zoom-Meeting

»Sicher sind wir nicht geblieben: Jüdischsein in Deutschland«

Digitaler ASF-Salon: Lesung und Diskussion mit Laura Cazés und Hannah Peaceman

28. NOVEMBER – 1. DEZEMBER 2023

Paris | Foyer le Pont

Studienreise »Deutschsprachige Künstler*innen im französischen Exil«

Seminar mit Erkundungen in der Stadt (Reihe Pariser Brückentage).

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de.

»Gemeinsam Antiziganismus bekämpfen«

Kirche und Gesellschaft müssen sensibler für das Thema Antiziganismus werden. Die offizielle Erklärung des Rates der EKD »Gemeinsam Antiziganismus bekämpfen« vom 29. Januar 2023 ist dabei ein wichtiger Schritt. **Christian Staffa** beschreibt den gemeinsamen Prozess bis dahin und die weiteren Perspektiven – ergänzt durch die Ansprache von **Romani Rose**, Vorsitzender des *Zentralrats Deutscher Sinti und Roma* sowie die Predigt der EKD-Bevollmächtigten Anne Gidion, die im Rahmen eines Gedenkgottesdienstes zu diesem Anlass im Berliner Dom gehalten wurden.

Wie ist es zu dieser Erklärung des Rates gekommen?

Christian Staffa: Eine Initialzündung war 2017 die Veranstaltung der Evangelischen Akademie zu Berlin »Vom Vorurteil zur Zusammenarbeit«. Daraus entwickelte sich später das Netzwerk »Sinti, Roma, Kirchen«, so kam es zu einem Prozess der gegenseitigen Annäherung und Vertrauensbildung als Basis für Kooperation. Das Interesse seitens der Kirchen für das lange vernachlässigte Thema Antiziganismus wuchs – und plötzlich ging es sehr schnell: 2020 erinnerten Vertreter*innen der EKD, des *Zentralrats der Juden* sowie der Sinti*zze und Rom*nja in der Gedenkstätte Auschwitz gemeinsam der Opfer von Shoah und des Völkermords an den Sinti*zze und Rom*nja. Die jetzige Erklärung ist ein weiterer Meilenstein auf dem

inzwischen gemeinsamen Weg, aber sicher nicht der letzte.

Inwieweit war die Evangelische Kirche in der Vergangenheit in Antiziganismus verstrickt? Wie soll sie heute mit diesem Erbe umgehen?

Auch in der Evangelischen Kirche und unter ihren Mitgliedern war und ist Antiziganismus ein Problem. Wir müssen unsere Schuldgeschichte aufarbeiten, zum Beispiel inwieweit evangelische Einrichtungen in der NS-Zeit daran beteiligt waren, Kinder aus »unwerten« Familien von Sinti*zze und Rom*nja herauszureißen – und auch antiziganistische Strukturen vor der NS-Zeit beleuchten. Kirchen haben dazu beigetragen oder sogar dafür gesorgt, dass Christinnen und Christen ermordet wurden!

Was passiert nun konkret?

Es ist wichtig, das Gedenken an die Diskriminierung und Ermordung von Sinti*zze und Rom*nja in die kirchliche Gedenklandschaft aufzunehmen, wie rund um den 27. Januar. EKD-Rat und Zentralrat werden weiter kooperieren, beispielsweise in den Rundfunkräten bei der Sensibilisierung zu antiziganistischen Bildern in Film und Medien. Denkbar sind auch Stipendien für Theologie studierende Sinti*zze und Rom*nja und die Kontaktaufnahme mit Sinti*zze und Rom*nja, die in Freikirchen organisiert sind.

Dr. Christian Staffa ist Studienleiter der Evangelischen Akademie zu Berlin und Antisemitismusbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Ein historischer Schritt

Ansprache zur EKD-Erklärung am 29. Januar 2023 anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags

Romani Rose

Die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages zur Ächtung von Antiziganismus und zur Zusammenarbeit mit dem *Zentralrat Deutscher Sinti und Roma* ist – das ist nicht zu hochgegriffen – von historischer Bedeutung.

Die EKD bekennt sich erstmalig offiziell vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zu ihrer Verantwortung auch für unsere Minderheit: Ein starkes Zeichen, um den seit Jahrhunderten tief in unserer Gesellschaft verankerten Antiziganismus zu ächten und um das Bewusstsein in Kirche und Gesellschaft über den Holo-

caust an 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa zu stärken.

Bedeutsam dabei ist, dass die EKD mit dieser Erklärung die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der *Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA)* annimmt. Um Antiziganismus entgegen-

wirken zu können, bedarf es der Klarheit über die Ursachen, Mechanismen und Erscheinungsformen dieser spezifischen, gegen Sinti und Roma gerichteten Form von Rassismus. Mit der Arbeitsdefinition Antiziganismus hat die IHRA ein Instrument entwickelt, das hilft, Antiziganismus zu erkennen und ein gemeinsames Verständnis für dieses Phänomen zu schaffen.

Wir erfahren diesen heutigen Erinnerungsakt vor dem Hintergrund von jahrhundertelanger Verfolgung, deren Rechtfertigung immer der Antiziganismus war. Antiziganismus und Antisemitismus waren keine Erfindungen der Nazis. Eine von Vorurteilen und Feindseligkeit geprägte Haltung gegenüber Sinti und Roma ebenso wie gegenüber Juden ist tief in der europäischen Geschichte verankert. Sie wurden von der Obrigkeit schon immer als Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme und Missstände missbraucht und Opfer von Übergriffen und Pogromen.

Die radikalste Form des Antiziganismus war die NS-Rassenideologie, die zur Ermordung von 500.000 Sinti und Roma im Holocaust geführt hat. Auch dieses Verbrechen wurde damals in Berlin genauso systematisch geplant und organisiert wie der Völkermord an den sechs Millionen Juden.

Aktuelle Untersuchungen zu Bevölkerungseinstellungen belegen, wie langlebig und tiefsitzend Vorurteile und Hass gegenüber unserer Minderheit sind: Über 50 Prozent der Bevölkerung lehnen demnach Sinti und Roma als Nachbarn und Arbeitskollegen ab. Das ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Versagens. Denn während der Antisemitismus nach 1945 öffentlich geächtet war, blieb die Wirkungsmacht antiziganistischer Denkmuster bis heute lebendig, gerade mit Blick auf die sogenannten gesellschaftlichen Eliten in Politik, Medien und Wissenschaft.

Unsere Überlebenden und die Nachkommen wurden mit ihren Erfahrungen von Staat, Kirchen und Gesellschaft allein gelassen. Erst im Rahmen der politischen Selbstorganisation der Betroffenen und der Gründung einer Bürgerrechtsbewegung ist es uns gelungen, diesem rassistischen Blick unsere eigene Geschichte gegenüberzustellen, die Deutungsmacht der ehemaligen Täter zu brechen, die wieder in Amt und Würden waren, und schließlich einen gesellschaftlichen Prozess des Umdenkens einzuleiten. Dies führte dazu, dass schließlich 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt den Holocaust an Sinti und Roma aus rassistischen Gründen völkerrechtlich anerkannte.

Auch unsere Kirchen stehen mit ihrer Geschichte in einer besonderen Verantwortung. Der Beitrag der protestantischen wie auch der katholischen Kirche zu den Maßnahmen des NS-Regimes, nämlich der Ausgrenzung, Erfassung und Deportation bis hin zur Vernichtung unserer Menschen, muss weiter erforscht werden.

Wir Sinti und Roma in Deutschland waren schon immer Christen, aber unsere christlichen Kirchen haben uns im Stich gelassen und jeglichen Schutz verweigert, als SS und Gestapo Sinti und Roma abholten und in die Vernichtungslager deportierten. Wie wir heute wissen, öffneten Kirchenvertreter den Nationalsozialisten ihre Kirchenbücher und machten Tauf- und Eheurkunden zur Erstellung von Rassegutachten für die *Rassenhygienische Forschungsstelle* zugänglich. Dies trug dazu bei, unsere Menschen als sogenannte »Zigeuner« oder »Zigeunermischlinge« rassenbiologisch zu erfassen, was für die meisten Menschen einem Todesurteil gleichkam.

Es hat in der Evangelischen Kirche seit Ende des Zweiten Weltkriegs und seit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis vom Oktober 1945 lange gedauert, bis sich die Kirche einer wirklichen Auseinandersetzung mit den Verstrickungen in den NS-Staat und dessen Verbrechen stellte. Mit dem Hungerstreik im ehemaligen Konzentrationslager Dachau im April 1980 machten Sinti- und Roma-Bürgerrechtsaktivisten, darunter auch Holocaust-Überlebende, auf die Versäumnisse von Staat, Kirchen und Gesellschaft aufmerksam und forderten ein Ende der rassistischen Ausgrenzung.

Ein Neuanfang zwischen der Evangelischen Kirche und dem *Zentralrat Deutscher Sinti und Roma* stellte vor fünf Jahren das Symposium »Protestantismus und Antiziganismus« dar, das den Fokus auf den spezifischen kirchlichen Anteil an der NS-Verfolgungsgeschichte und am Antiziganismus in Vergangenheit und Gegenwart richtete.

Ein Ausdruck, sich auch diesem Teil der Geschichte anzunehmen, war das gemeinsame Gedenken mit jüdischen, Sinti- und Roma- sowie kirchlichen Repräsentanten anlässlich des *Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma* am 2. August 2020 in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.

Erinnern an die Zeit des Nationalsozialismus hat nichts mit einer Schuldübertragung auf heutige Generationen zu tun. Wir sind heute eine starke Demokratie und ein Rechtsstaat. Demokratie und Rechtsstaat sind das Fundament unserer Wertordnung in Europa, die wir aus der Erfahrung der Geschichte jeden Tag aufs Neue bewahren und verteidigen müssen. Die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma hat sich nie nur als Anwalt einer Minderheit verstanden, sondern immer auch als Verteidiger des demokratischen Rechtsstaates gesehen.

Die heutige Erklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland macht deutlich, dass es vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte darum geht, den Antiziganismus genauso zu ächten wie den Antisemitismus.

Romani Rose ist seit 1982 Vorsitzender des *Zentralrats Deutscher Sinti und Roma* und leitet seit 1991 das *Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma* in Heidelberg.

Predigt

Gedenkgottesdienst aus Anlass des Völkermordes an den Sinti*zze und Rom*nja am Sonntag, 29. Januar 2023, im Berliner Dom

Anne Gidion

Gen 4, 1–16

Liebe Gemeinde, wenn die Geschichte von Kain und Abel eine Antwort ist – was war dann die Frage?

1.

Wir haben den Text vom Brudermord gehört. Kain, der Ackerbauer, erschlägt seinen Bruder Abel, den Schäfer.

Ein lauter Text. Ein bekannter Text. Eine Grunderzählung der Bibel – gleich nach der Schöpfung und der Vertreibung aus dem Paradies. Eine große Versuchung für klare Predigtmoral: Handelt nicht aus Wut. Ermordet niemanden, vor allem nicht eure Geschwister.

Die Motive dieses Textes sind so eindrücklich und predigen so laut. Die leisen Töne darin dringen kaum ans Ohr. Ich konzentriere mich auf einen einzigen Vers, den Vers 8. Wir haben ihn in der Übersetzung von Martin Luther gehört:

Kain sprach zu seinem Bruder Abel: »Lass uns aufs Feld gehen!« Und es begab sich, als sie auf dem Feld waren, erhob sich Kain wider seinen Bruder Abel und schlug ihn tot.

Kain sprach zu seinem Bruder Abel: »Lass uns aufs Feld gehen«. Diese wörtliche Rede steht in der hebräischen Bibel nicht. Dort steht nur: Kain sprach zu seinem Bruder Abel. Und als sie auf dem Feld waren, erhob sich Kain über Abel, und tötete ihn.

Kain sprach zu seinem Bruder Abel. Punkt.

Liebe Gemeinde, Kain und Abel ist keine Erzählung von einem Gespräch unter Geschwistern mit schrecklichem Ende. Es ist ein Text, der vom Schweigen predigt. Einem Schweigen, das kaum auszuhalten ist. Einem Schweigen, dass der Geschichte und ihrer Auslegung verloren gegangen ist.

Was Kain sagte, wissen wir nicht. Die hebräische Bibel sagt nichts darüber. Spätere Übersetzer haben dieses Schweigen, das Schweigen der Bibel zu dem, was Kain sagt, wohl einfach nicht ausgehalten. Und, da der Gang der Handlung ja berichtet wird, die direkte Ansprache an den Bruder ergänzt: »Lass uns aufs Feld gehen.«

Liebe Gemeinde, das Schweigen der hebräischen Bibel zu Kains Worten ist kein Zufall, es ist ein wichtiges Schweigen. Es soll ein Schweigen sein. Eine wörtliche Rede wird eingeleitet: »Kain sagt zu seinem Bruder Abel:« – Wir sehen hier einen Doppelpunkt und erwarten, dass jetzt Worte kommen, die Kain sagt. Wütende Worte, zornige Worte, enttäuschte Worte über Gott, Ärger über Abel. Aber es kommt: nichts. Das Gespräch ist zu Ende, ehe es begonnen hat. Es ist diese Sprachlosigkeit, der die nackte Gewalt folgt. Es ist das nicht gesagte Wort, das in die Gewalt mündet. Die Geschichte von Kain und Abel erzählt vom Schweigen, aus dem nichts Gutes kommt.

Und Kain schweigt ja nicht nur beredt zu Abel, sondern auch zu Gott. Die Geschichte erzählt es: Gott hat Kains Opfer nicht gewürdigt. Und Kain engleisen die Gesichtszüge. Das, was er eigentlich sagen müsste, was in ihm hochsteigt, die vielen Worte – all das Ungesagte bleibt in Kains Kopf und Herz und gärt dort.

Kain müsste eigentlich zu Gott sprechen. Kain müsste eigentlich Gott sagen, was ihn kränkt, was er nicht versteht, was er ungerecht findet, wie er sich fühlt, was ihn bewegt, eine lange Rede wäre das, und Gott ein guter Zuhörer. Aber Kain spricht nicht mit Gott. Er schweigt. Er redet mit seinem Bruder Abel, und sagt nichts. Nichts.

Ein doppelter Kommunikationsabbruch. Zwischen den Brüdern und zwischen Kain und Gott.

Was folgt, ist nackte Gewalt. Und Abels ewiges Schweigen. Denn Schweigen, wo Reden notwendig wäre, das ist das Wesen des Todes.

2.

Schweigen, wo Reden notwendig wäre, das ist das Wesen des Todes. Viel zu lange haben Christen geschwiegen zu dem, was Sinti*zze und Rom*nja an schrecklicher Gewalt angetan wurde. Spät ringen unsere Erklärungen um Sprechbares und versuchen, der Sprachlosigkeit Worte entgegenzusetzen. Der Blick in die Vergangenheit – endlich wird das Schweigen aufgehoben:

Ich zitiere:

»Die Abwertung und Ausgrenzung von Angehörigen der Sinti und Roma hat eine Geschichte, die sehr lange zurückreicht. Und nicht nur zur Zeit des Nationalsozialismus und des Völkermordes an Sinti und Roma war die Evangelische Kirche daran beteiligt, Menschen zu verraten und der Verfolgung und Vernichtung auszuliefern. Die Schuldgeschichte erstreckt sich auch über die Jahrzehnte danach, indem begangenes Unrecht und das Leid der Opfer und ihrer Nachkommen nicht wahrgenommen wurden.« Zitat Ende.

Und die Kirche war keine Schwester für die Verfolgten und Gedeemühten. Weiter heißt es:

»Stattdessen wurden auch in der Kirche antiziganistische Stereotypen unreflektiert weitergetragen und Menschen dadurch erneut und fortwährend in ihrer Würde verletzt.«

Die Geschichte, auch diese, ist nicht zu Ende. Sie muss neu erzählt werden, immer wieder und unbedingt:

»Dass Sinti und Roma bis heute mit massivsten Vorurteilen begegnet wird, mehr noch: dass ihnen strukturelle Diskriminierung widerfährt, (wie der Bericht der von der Bundesregierung eingesetzten Unabhängigen Kommission Antiziganismus zeigt,) erfüllt uns mit Scham.« (Zitate aus der Erklärung der EKD).

3.

Liebe Gemeinde, in dem Moment, in dem Kain Gottes Handeln nicht versteht, als er wütend wird und verletzt ist und sich nicht gesehen fühlt – da »fällt« ihm das Gesicht – so lesen wir in der Tora. Kain zerfällt das Angesicht. Kain bricht die Verbindung zu Gott ab. Er vermag nicht den Blick zu heben, seine Blicke bleiben nur noch am Boden. Kain schämt sich.

Darin sind wir alle theologisch gesehen Kains Nachkommen: Menschen, die mit Scham leben und leben müssen. Mit dem Gefühl, nicht zu genügen – und deshalb lieber nicht so genau hinzusehen.

Das Kainsmal schützt und erinnert an diese Scham. Und es ermutigt dazu, sich der Vergangenheit zu stellen, standzuhalten – im Licht eines Gottes, der die Menschen sieht. Sich der Vergangenheit zu stellen, statt die Schuld abzuwehren. Den anderen, die andere sehen – in seiner Schönheit, in ihrer Menschlichkeit.

4.

Auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Ravensburg befindet sich inzwischen eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die dort internierten Sinti*zze und Rom*nja. Viele starben dort, die anderen wurden nach Auschwitz deportiert. In Ravensburg ist auch der »Sinti Powerclub«. Philip Reinhardt, ein 17 Jahre alter Sinto, arbeitet dort. Er sagt:

»Wir Sinti blicken auf eine lange Geschichte von Fremdwahrnehmung und ›Reden-über‹ zurück. Und die uns ständig vorgehaltenen Bildnisse beeinflussten immer auch das, was wir selbst von uns dachten. Ständiges Herunterreden und Kleinhalten, fernab von jeglichem Empowerment. So finden wir uns oft in einer Lage wieder, in der wir nicht mehr wissen, ob wir wirklich gut genug sind. Ob wir wirklich schön und einzigartig und besonders sind.«

Die Kirche kann eine Schwester sein, die den Bruder sieht. Sie soll es sein. Denn: Wenn die Geschichte von Kain und Abel eine Antwort ist – was war dann die Frage? Vielleicht: Wie können wir als Menschen miteinander leben? Als Geschwister in der Familie Mensch? Auch wenn wir schuldig geworden sind?

Kain und Abel leben nicht aus dem Segen. Nur einer überlebt. Der ist schuldig, und Gott zeichnet ihn. Er bleibt Mensch. Der Segen gilt auch für ihn. Gott bietet einen Ausweg aus der Schuld an. Gott sieht und trägt und liebt. Gottes Angebot und Ausweg heißt Segen. Segen, der uns den Blick erhebt. Segen, der uns das zerfallene Angesicht heil werden lässt. Segen, die große Entschämung. Die Kraft zur Umkehr.

Als Gesegnete begegnen wir Gott von Angesicht zu Angesicht. Wir heben den Blick und sehen auf. Begegnen einander von Angesicht zu Angesicht. Als Menschen, denen Gott sagt und nun die Kraft gibt zu sagen: Ich sehe Dich an. Du bist genug in meinen Augen. Geachtet, wertgeschätzt, einzigartig.

Es ist Zeit, diese Worte anzunehmen. Ja. Wir sind Geschwister. Sind unseres Bruders, unserer Schwester Hüter.

Von Angesicht zu Angesicht. Amen

Prälatin Anne Gidion ist Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

GESCHICHTEN VON ROMNJA

Familienerzählungen von
Verfolgung, Widerstand und
Selbstbehauptung



KATIVATALO



Menschen,
etwas

Hier in Ferentari sind wir eine Gemeinschaft. Hier leben Menschen, die wirklich etwas verändern wollen. Die lokalen Behörden machen uns das Leben jedoch nicht eben einfach. Das ist auch einer der Gründe, warum so viele Menschen auswandern. Wir müssen immer wieder geduldig und mit Nachdruck für unsere Rechte eintreten.

Ich habe drei Kinder. Mein Ältester studiert Rechtswissenschaften. Meine Tochter geht ans Gymnasium und lernt Schauspiel und Theater. Mein jüngster Sohn ist elf Jahre alt. Er ist autistisch und benötigt besondere Förderung. Immer wieder ging ich zum Rathaus, doch die Beamten wimmelten mich ab. Schließlich drohten sie sogar, meinen Sohn in einem Heim unterzubringen. Ich protestierte, arbeitete mich durch Gesetzestexte und las das Kleingedruckte. Dann hatten wir plötzlich Erfolg: Zwar ist der bürokratische Aufwand sehr hoch, aber mein Sohn bekommt nun endlich die Förderung, die ihm zusteht.

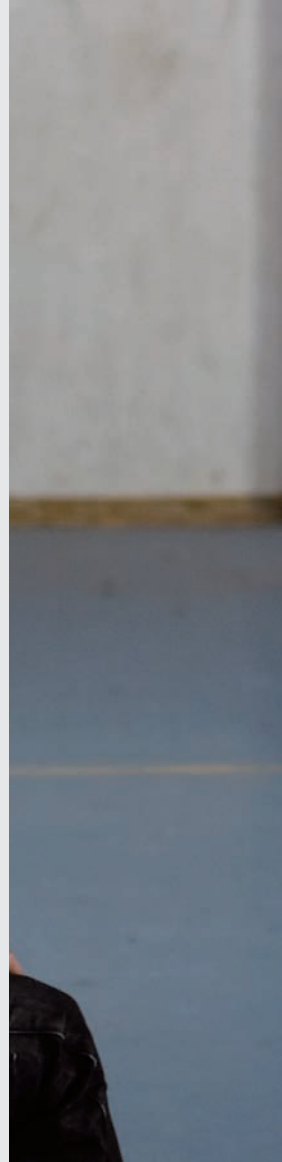
Im Laufe der Zeit habe ich einen großen Schatz an Wissen erworben. Das Leben hat mir dieses Wissen sozusagen aufgezwungen. Nur so konnte ich für meine Familie kämpfen.

Als Kind habe ich nur sechs Jahre die Schule besucht. Ich komme aus einer armen Familie. Immer wieder haben meine Mitschüler mich gemobbt, weil ich Romni bin und weil wir kein Geld für Schulmaterialien hatten. Ich konnte dem Unterricht kaum folgen und brach nach der sechsten Klasse ab. Ich weiß, wie wichtig Bildung ist. Deshalb habe ich mich vor vier Jahren am Gymnasium angemeldet. Heute mit 39 Jahren bin ich in der 12. Klasse und nächstes Jahr hole ich das Abitur nach.

Wir in Ferentari müssen uns doppelt anstrengen, um eine gute Bildung für uns und unsere Kinder zu ermöglichen. Aus meinen Erfahrungen ziehe ich die Kraft für mein Engagement für die Gemeinschaft. Ich gehe auf die anderen Eltern zu und erzähle ihnen meine Geschichte. Ich ermutige sie, damit ihre Kinder nicht in die gleiche Situation gelangen, in der ich selbst war.

Kati Vatalo, lebt im Bukarester Stadtteil Ferentari. Seit 2013 engagiert Vatalo sich ehrenamtlich im *Policy Center for Roma and Minorities* für eine bessere Bildung an den Schulen in diesem von den Behörden vernachlässigten Viertel.

Dieser Text entstand in einem Amigra-Projekt 2017 und ist in voller Länge in der ASF-Publikation »Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen« nachzulesen.



die wirklich verändern wollen

Gedenken an queere NS-Verfolgte – mit vielen Weggefährt*innen

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar

Matteo Schürenberg

In der diesjährigen Gedenkstunde zum 27. Januar erinnerte der Bundestag erstmals der queeren NS-Verfolgten und auch an das Unrecht, unter dem sie noch lange nach Kriegsende in beiden Teilen Deutschlands leiden mussten. Bereits seit Jahren setzten sich Initiativen für dieses Gedenken gegen viele Widerstände ein. Mehrere enge Weggefährt*innen von ASF begleiteten diese Gedenkstunde.



Rozette Kats bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag

So begrüßte die Bundestagspräsidentin unter Standing Ovation die ukrainischen NS-Überlebenden Boris Zabarko und Roman Schwarzmann sowie Margot Friedländer und Charlotte Knobloch, die ASF seit langem verbunden sind. Rozette Kats aus den Niederlanden hielt die Gedenkrede. Sie betonte, dass sie, die als Kind unter falscher Identität die Shoah überlebte, sich besonders Menschen verbunden fühlt, die ebenfalls NS-Verfolgung traf und die heute immer noch dis-

kriminieren. Als Zeitzeugin setzt sie sich daher auch für die Rechte von LGBTIQ* oder Sinti*zze und Rom*nja ein (siehe *zeichen* 1/2020). Das zeigt: Obwohl die Verfolgung unterschiedliche Formen annahm – die Erinnerung an die NS-Verbrechen kann verschiedene Gruppen von Verfolgten verbinden, das gemeinsame Engagement für die Aufarbeitung und Entschädigung des NS-Unrechts alle bestärken.

Wie weit dieser gemeinsame Weg zu den lange marginalisierten Erinnerungen reicht, wurde anhand einer zweiten Biographie in der Gedenkstunde deutlich. Der Schauspieler Jannik Schümann erzählte über Karl Gorath, der als junger Homosexueller in KZ-Haft kam und 1941 nach Auschwitz deportiert wurde. Nach seiner Befreiung wurde er 1946 in Bremen von demselben Richter verurteilt, der ihn bereits 1938 bestraft hatte. Als Vorbestrafter fand er nur schwer Arbeit und verarmte. Er starb 2003 in Bremerhaven.

Doch bereits Ende der 1980-er Jahre erfuhr Gorath in seinem Kampf um eine Entschädigung Unterstützung durch politisch engagierte Schwule in der Initiative *Rat und Tat*. Sie begleiteten ihn in Anhörungen und halfen bei der Recherche zu seiner Verfolgungsgeschichte – die sie zusammen mit ASF bis in die Gedenkstätte Auschwitz und in die *Internationale Jugendbegegnungsstätte* führte.

Sie konnten wichtige Informationen zu seiner und weiteren Biographien finden. Gleichzeitig halfen sie bei Pflegearbeiten und setzten sich mit der eige-

nen Verantwortung als junge Deutsche auseinander. Dass junge Schwule gemeinsam am Mahmal Blumen niederlegten, rief bei anderen Besuchergruppen Interesse, teils aber auch Befremden hervor. Dank der bei dieser Reise gesicherten Fundstücke konnten sie für Karl Gorath eine Zahlung aus einem Härtefallfonds erstreiten.

ASF-Predigthilfe zum 27. Januar:

Die Handreichung gibt liturgische Anregungen und theologische und historische Hintergrundinformationen zur Erinnerung an verfolgte LGBTIQ* und ihren Kampf um Anerkennung: www.asf-ev.de/predigthilfe

Weitere Informationen:

Die frühere ASF-Freiwillige Lena-Marie Vahl traf Rozette Kats vor einigen Jahren für ein [ausführliches Zeitzeugengespräch](#). In diesem Beitrag erzählt Rozette Kats von ihrem Leben als Kind während der Shoah ermordeter Eltern, das bei Pflegeeltern überlebte, von ihrer späten Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und Traumatisierung sowie ihrem Engagement als Zeitzeugin.

Die Rede von Rozette Kats und Karl Goraths von Jannik Schümann in der Gedenkstunde vorgetragene Lebensgeschichte können Sie [auf der Seite des Bundestages nachhören](#).

Rat und Tat hat eine ausführliche Dokumentation über die Gedenkreise veröffentlicht: »Schwule in Auschwitz. Dokumentation einer Reise.«

Mut, Verzweiflung und Zusammenhalt – Eindrücke aus der Ukraine

ASF-Vorstand und Geschäftsführung besuchen Partner*innen in Odesa

Jutta Weduwen, Gabriele Scherle und Jakob Stürmann

»Unsere Arbeit, unser Umfeld, die gesamte Gesellschaft haben sich seit dem 24. Februar 2022 verändert und ändern sich immer weiter« – dies haben wir von allen Gesprächspartner*innen gehört, die wir vom 6. bis 9. April in Odesa getroffen haben. Wir wollten mit unserem Besuch unsere Verbundenheit und Unterstützung ausdrücken und den Menschen zuhören.

Roman Schwarzman, Vorsitzender des ukrainischen Verbandes für jüdische KZ- und Ghetto-Überlebende, empfängt uns am vierten Tag des Pessach-Festes im jüdischen Kulturzentrum. Der Versammlungsraum wurde für ein Pessach-Mahl für Senior*innen eingedeckt, in der Turnhalle und den Fluren lagern unzählige Kartons mit Hilfslieferungen.

Viele Überlebende der NS-Verfolgung sind in der Region Odesa geblieben, sie fühlen sich zu alt, um ihre Wohnungen zu verlassen und in einem neuen Land zurechtzukommen. Sie werden vom Sozialzentrum versorgt und finden dort weiterhin soziale Angebote.

Eine wichtige Aufgabe des Verbandes war bereits vor dem 24. Februar 2022, bisher unbekannte Orte der nationalsozialistischen Vernichtung aufzudecken. Schwarzman hält die Erforschung dieser Orte und die Gedenkeremonien auch jetzt für notwendig, da Überlebende nicht mehr lange Zeugnis ablegen können.

Die Stiftung *winds of change* organisiert Unterstützung für Rom*nja, benachteiligte Familien und Frauen mit Gewalterfahrungen. Die Leiterin, Natalia Vegrian, berichtet uns, dass viele Familien zunächst flüchteten, dann aber wieder nach Odesa zurückgekehrt sind. Aus der umkämpften Stadt Cherson kommen zudem Binnenflüchtlinge nach Odesa. Der Krieg hat massive ökonomische Auswirkungen. Der Hafen in Odesa wurde geschlossen und die Tourismusbranche ist zum Erliegen gekommen, damit fallen viele Arbeitsplätze weg. Die meisten Schulen und Kitas dürfen ebenfalls nicht öffnen, da sie nicht über die vom Staat geforderten Schutzräume verfügen. Viele Väter sind als Soldaten eingesetzt, Mütter bekommen Kinderbetreuung und ihre Erwerbsarbeit schwer unter einen Hut und es fehlt auch an der notwendigen technischen Ausstattung für den online-Unterricht.



Roman Schwarzman im Gespräch mit Jutta Weduwen



Besuch im Projekt *winds of change* am Internationalen Roma-Tag

Die Mitarbeiter*innen der Stiftung stellen mit viel Kreativität und großem Engagement Angebote auf die Beine, die der Kriegssituation Rechnung tragen. Sie organisieren Schulungen, die Frauen Arbeit von zu Hause ermöglichen, betreuen Hotlines, organisieren benötigte technische Hilfsmittel, entsenden mobile Teams in die nähere Umgebung. Ähnlich arbeitet auch das Projekt *Doroga k Domu*, bis 2022 Einsatzstelle unserer Freiwilligen, das ursprünglich für Straßenkinder eingerichtet wurde und sich seit 2014 vor allem um Binnenflüchtlinge kümmert.

Wir konnten voller Hochachtung die Solidarität, Kreativität und den Zusammenhalt bei unseren Gesprächspartner*innen und unserer Landesbeauftragten Anzhela Beljak spüren – und gleichzeitig ihre Verzweiflung. Die Menschen erleben Raketenangriffe, sie sind in großer Sorge um ihre Angehörigen und haben einige bereits verloren. Viele mussten aus besetzten Gebieten fliehen, bangen um ihre Zukunft. Der vollumfängliche russische Angriffskrieg richtet sich gegen die Freiheit und Selbstbestimmung der Ukrainer*innen. ASF wird die Unterstützung der Menschen vor Ort fortsetzen. Bitte unterstützen Sie die Hilfslieferungen in die Ukraine, indem Sie mit dem Stichwort »Ukraine« spenden. Ihre Spende kommt unseren Partner*innen in Odesa zugute. www.berlinodessaexpress.de

Jutta Weduwen ist ASF-Geschäftsführerin, **Jakob Stürmann** stellv. ASF-Vorsitzender, **Gabriele Scherle** Beisitzerin im ASF-Vorstand. Gemeinsam mit unserer ukrainischen ASF-Landesbeauftragten Anzhela Beljak besuchten sie vom 6. bis 9. April Odesa.

Verbunden mit den Überlebenden, verbunden mit Sühnezeichen

Bernhard Krane geht in den Ruhestand

Jutta Weduwen



Im März 2023 ist Bernhard in den Ruhestand gegangen. Wir haben Freund*innen, Kolleg*innen und ehemalige Mitfreiwillige gebeten, ihre Erinnerungen festzuhalten – es kamen viele Grüße, Erinnerungen und Bilder von ganz unterschiedlichen Menschen zurück. »Eine Ära geht zu Ende« haben einige von ihnen geschrieben.

Bernhard kam im März 1977 als Freiwilliger zu *Aktion Sühnezeichen*, er begann im Infobüro in der Jebenstraße in West-Berlin. Ein halbes Jahr später ging er für 18 Monate nach Jerusalem. Bernhard musste dort den Terroranschlag auf einen Bus mit ASF-Freiwilligen in Nablus miterleben, bei dem zwei junge Menschen getötet und fünf weitere schwer verletzt wurden. Das Thema der Sicherheit in und für Israel blieb für ihn und mit ihm für viele andere Menschen bei ASF prägend.

Nach dem Studium kam Bernhard 1987 zu ASF zurück und arbeitete seitdem als Referent für Freiwilligenarbeit.

Anfangs waren die Referent*innen nur für ein Land zuständig, er war Israel-Referent. Dann kamen weitere Zuständigkeiten hinzu. Bernhard war im Laufe der Jahre unter anderem für die Arbeit in Israel, Großbritannien, Belgien, das Freiwilligenprogramm in Deutschland und für die Programme für Auszubildenden verantwortlich. In den letzten Jahren bearbeitete er zudem das Archiv, kaum jemand wäre dafür geeigneter gewesen.

Ich habe an Bernhard seine Klugheit, sein tiefes und fundiertes Wissen, seine Debattenschärfe und seine starke Sühnezeichen-Verbundenheit geschätzt. Die Menschen bei ASF haben ihn bereichert und immer wieder auch herausgefordert, er hat sich gerieben, er hat herausgefordert. Bernhard war ein Gegenüber, von dem man lernen konnte, der neue Perspektiven aufzeigte und über dessen Hartnäckigkeit man manchmal auch die Haare

raufen konnte. Bernhard war unermüdlich darin, Begriffe, Gewohnheiten, Ideologien und Gewissheiten zu hinterfragen. Er forderte Judenhass und Israelhass treffend zu benennen – und nicht den schwammigeren Begriff Antisemitismus zu nutzen. Es war ihm wichtig, die Begriffe Sühnezeichen und Friedensdienste nicht in einem konkurrierenden Spannungsverhältnis zu denken. Ohnehin sei im Konzept von *Aktion Sühnezeichen* der Friedensdienst schon enthalten. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus empfand er an vielen Stellen als zu einseitig, wenn nicht auch andere Formen des Extremismus benannt würden, die gegen Israel und Jüdinnen*Juden agierten.

Bernhard hat die Arbeit von ASF geprägt wie kaum ein anderer Mensch, er hat inspiriert, hinterfragt, gestaltet und bestärkt, er hat gegen den Strich gedacht und damit zum Nachdenken angeregt. Er konnte sich ärgern, er war manchmal verzweifelt, aber er blieb sich und ASF treu und prägte und diskutierte und gestaltete weiter. Mich hat Bernhards tiefe Verbundenheit mit Überlebenden der Shoah beeindruckt. Israel Löwenstein, Auschwitz-Überlebender, begegnete Bernhard in dessen Heimatstadt Paderborn, sie waren dann über Jahrzehnte befreundet. Bernhard war mit seiner Familie für Israel Löwenstein ein Geschenk der Versöhnung und Heilung. Das steht sinnbildlich für so vieles, was Bernhard bewirkt hat und sicherlich weiter bewirkt wird. Ich danke Bernhard von Herzen und wünsche ihm alles Gute für alle Projekte, die bis jetzt zu kurz gekommen sind und viel Zeit mit seiner wachsenden Familie.

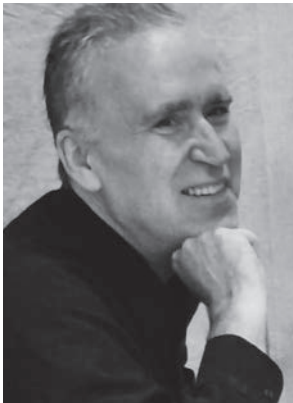


Als »22er« im ASF-Infobüro 1977

Wir trauern um Michael »Mike« Heimbach

(24. März 1953–12. Dezember 2022)

Torsten Schramm



Es ging alles sehr schnell. Mike (Michael) Heimbach ist in der Nacht vom 12. Dezember gestorben. Er hatte Parkinson mit einer beginnenden Demenz und es blieb nicht aus, dass er oft gestürzt ist. Er war mit seinem Zustand sehr unglücklich und konnte sich nicht recht vorstellen, damit weiter zu leben. Nach dem letzten Sturz mit Kopfverletzung kam er ins Krankenhaus. Er wurde zusehends schwächer und hat sich nun von dieser

Welt verabschiedet. In der gesamten Zeit wurde er liebevoll begleitet, vor allem von Kolleg*innen und Freund*innen. An dieser Stelle möchte ich Heidi Becher und Birgit Fechner für ihre Pflege, enge Begleitung und häufigen Besuche danken. Mike haben in den letzten Wochen nur noch wenige Dinge beschäftigt: seine kleine Tochter Amelie und seine Frau Daylis, das *Friedenszentrum Martin Niemöller Haus* in Berlin-Dahlem und *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Mike hat sich sehr nachhaltig über Jahrzehnte im Friedenszentrum engagiert, war immer bei den Treffen der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)* dabei, hat lange in der Wohngemeinschaft im Friedenszentrum gewohnt. 1980 war er gemeinsam mit Claus-Dieter Schulze, dem damaligen Pfarrer der Jesus-Christus-Kirche, und der Tochter von Martin Niemöller, Herta Klewitz, intensiv an der Gründung des Friedenszentrums beteiligt. Ohne sein Engagement wäre im Friedenszentrum Vieles nicht möglich gewesen. Auch um die Martin-Niemöller-Stiftung hat er sich intensiv gekümmert. Sein friedenspolitisches Engagement hat er in seinem ASF-Freiwilligendienst in den USA entwickelt. Seine Gitarrenkunst war dabei eine tragende Säule. Er hat sich auch nach seinem Freiwilligendienst sehr für ASF eingesetzt, viele Treffen mit ASF-Freiwilligen haben im Friedenszentrum stattgefunden. Legendär ist das Lied »Frieden schaffen ohne Waffen« mit dem Text von Volker von Törne, zu der Mike die Musik geschrieben hat. Das Motto war lange das Markenzeichen von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*, es erscheint heute aktueller denn je.

»Die Welt soll ohne Waffen sein, damit wir leben können
es ist nicht schön Soldat zu sein und in den Tod zu rennen.
Ein Panzer ist kein Omnibus und Bomben sind kein Brot.
Wir machen mit der Rüstung Schluß, es gibt nur ein Gebot.
Wir müssen Frieden schaffen ohne Waffen.

Die Erde soll voll Leben sein.
Wir wollen kein Blut vergießen.
Es ist nicht schön Soldat zu sein.
Weigern uns zu schießen.

Wir wollen nichts als Menschen sein
und and're Menschen sein lassen.
Es ist nicht schön Soldat zu sein.
Wir weigern uns zu hassen.

Die Erde soll voll Menschen sein,
die Stein in Brot verwandeln.
Es ist nicht schön Soldat zu sein.
Wer schießt kann nicht verhandeln.«

Seine Berufsahre hat er mit viel Engagement und Leidenschaft vor allem unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gewidmet. Hier hat er nachhaltige Spuren bei den Jugendlichen hinterlassen. In den letzten Monaten haben ihn zahlreiche seiner ehemaligen Schützlinge besucht.

Ich bin traurig und auch dankbar, Mike seit über 40 Jahren bei seinen friedenspolitischen Aktivitäten begleitet zu haben. Vielleicht gelingt es uns, sein friedenspolitisches Vermächtnis im Friedenszentrum fortzusetzen. Die Zukunft des Friedenszentrums hat ihn bis zuletzt bewegt.

Torsten Schramm, Mitarbeiter für ASF von 1985 bis 1994. Mit Michael Heimbach und anderen gründete er das Friedenszentrum. Beide engagierten sich in der Arbeit mit Geflüchteten.

Diese Arbeit ist heute so aktuell wie zur Gründung 1958

Adrian von Hammerstein über Kindheitserinnerungen an die ASF-Anfänge, das Engagement seiner Eltern und die Motivation zur Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung

ASF-Zeichen: Woher kam die Idee für Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung?

Adrian von Hammerstein: Mein Vater Franz von Hammerstein hatte schon vor Jahren die Idee, eine Stiftung zu gründen, wozu es vor seinem Tod aber nicht mehr gekommen ist. Diese Idee haben wir nun wieder aufgenommen und umgesetzt.

Was erhoffen Sie sich von der Stiftung?

Die Arbeit von ASF ist in den letzten Jahren und insbesondere seit Februar 2022 nicht leichter geworden. Die langjährig aufgebaute Arbeit in Osteuropa musste schweren Herzens unterbrochen werden, Hilfe für vom Krieg betroffene Menschen in der Ukraine wurde kurzfristig organisiert, ein neues Programm in Griechenland gestartet ...

... Sühnezeichen und Friedensdienste scheinen dringlicher denn je?

Ja, diese Arbeit wird gleichzeitig immer wichtiger und zwar sowohl in Deutschland wie darüber hinaus: International verhärten sich die Fronten – man muss es wohl so nennen –, da brauchen wir umso mehr grenzübergreifende Begegnung und historische Aufklärung. Und in Deutschland sind wir mit einem Besorgnis erregenden Rechtsextremismus konfrontiert, dem wir etwas entgegensetzen müssen. Dabei wollen wir ASF unterstützen.

Wie nehmen Sie Anteil an der konkreten Freiwilligenarbeit?

Auch wenn ich selbst nicht als Freiwilliger bei ASF war, weiß ich sehr genau, wie wertvoll und wichtig die Freiwilligendienste sind. Für die meist jungen Teilnehmer*innen ist diese Zeit wegweisend und die gemachten Erfahrungen begleiten sie ihr Leben lang. An dieser Stelle möchte ich ASF meine mit Dank verbundene Bewunderung dafür aussprechen, wie es gelingt, für die doch sehr unter-

schiedlichen Freiwilligen die jeweils passenden Einsätze zu finden und zu organisieren.

Die in der Coronazeit begonnenen Formate, wie virtuelle Jubiläumstreffen und die Digitalen Salons, sind auch eine wertvolle Weiterentwicklung des Austauschs- und Begegnungsgedankens. Meine Frau und ich sind regelmäßige Teilnehmer dieser Veranstaltungen.



Verena und Franz von Hammerstein, Ende der 1970er-Jahre.

Haben Sie einen konkreten Wunsch, wohin die Stiftungserträge fließen sollen?

ASF hat über die letzten 65 Jahre überzeugende Arbeit geleistet und wir vertrauen Vorstand, Geschäftsführung und der Mitarbeiterschaft, dass sie die Mittel dort einsetzen, wo sie am meisten gebraucht werden.

ASF finanziert sich aus einem Mix aus Spenden, staatlichen und kirchlichen Zuwendungen – welche Rolle spielen hier die Stiftungsmittel?

Der große Vorteil ist, dass diese Mittel frei und flexibel eingesetzt werden können. Die Umstände der ASF-Arbeit verändern sich ja laufend. ASF muss hier schnell reagieren können, Programme anpassen oder neue Themen setzen. Dabei helfen die Stiftungsmittel ein Stück weit – in Verbindung mit weiteren Spenden und Förderungen. Sie geben ein bisschen mehr Spielraum, insbesondere in schwierigen Zeiten.

Was verbindet Sie und Ihre Familie mit ASF?

Für meine Brüder und mich war ASF in unserer Kindheit eine stetig präsente

Größe. Es kamen Kolleg*innen, Freiwillige, Projektpartner*innen aus vielen Ländern zu uns nach Hause. Bei Tisch wurde über all die Projekte und die verschiedenen Perspektiven von Friedensarbeit diskutiert. Als Kinder durften wir auch manchmal zu Projektbesuchen mitfahren, wie zum Jugendzentrum in Rotterdam oder dem Kirchenbau in Taizé ...

...wegweisende Begegnungs-, aber auch abenteuerliche Bauprojekte aus den ASF-Anfängen. Was bekamen Sie davon als Kind mit?

Unsere Mutter sorgte sich oft darum, wie alle diese großen Projektideen am Ende finanziert und realisiert werden können. Denn meist stand noch gar nicht fest, woher das Geld kommen sollte. Mein Vater war da gelassen mit Zuversicht und Gottvertrauen – und erstaunlicherweise ist es immer gut gegangen. Er blieb beharrlich und liebte es, Grenzen zu überwinden. »Es geht nicht«, »wir dürfen das nicht« – dagegen ging er an. Das gab er auch uns auf den Weg mit.

Die Stiftung trägt auch den Namen Ihrer Mutter Verena – wie prägte sie die ASF-Arbeit?

Meine Mutter unterstützte die Idee von ASF von Anfang an, vor allem dort, wo es an Arbeitskraft in dieser noch jungen Organisation fehlte. Als vielsprachige Theologin mit internationalen Kirchenbeziehungen brachte sie sich voll ein – auch weil sie die Arbeit mit *Displaced Persons* in der Nachkriegszeit tief bewegt hatte.

Die Stiftung hat also eine familiäre Gründungsgeschichte, sind Sie auch offen für andere Beiträge?

Ja, natürlich! Wir errichten die Stiftung zum Andenken an meine Eltern, denen ASF zeitlebens ein zentrales Anliegen war. Jede Zustiftung, mit der die Stiftung und damit die Hilfe für ASF weiter wächst, ist deshalb ganz im Sinne meiner Eltern und würde auch von uns sehr begrüßt.

Dr. Adrian von Hammerstein, Jahrgang 1953, ist der Älteste der drei Söhne von Verena und Franz von Hammerstein. Er lebt in Tutzing und in Berlin.

Das Interview führte **Matteo Schürenberg**. Er leitet die ASF-Öffentlichkeitsarbeit.

Verena von Hammerstein (1922–2021) wurde in einer Schweizer Pastorenfamilie geboren. Sie unterstützte während des Krieges in die Schweiz geflüchtete Juden. Nach Stationen in Genf und Paris zog sie nach West-Deutschland und heiratete 1952 Franz von Hammerstein. Von 1954 bis 1957 lebte sie in den USA und beobachtete dort Rassismus und dessen Auswirkungen, aber auch ein starkes Gemeinde-Engagement. Sie studierte Theologie und übersetzte und veröffentlichte zahlreiche Texte. Sie arbeitete tatkräftig für ASF, übernahm zahlreiche Aufgaben und brachte ihre internationalen Kontakte in die Arbeit ein. Zudem engagierte sie sich im jüdisch-christlichen Dialog und in der »Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt« (früher: »Aktionsgemeinschaft für die Hungernen«) für globale Gerechtigkeit. Bis zu ihrem Tod blieb sie ASF eng verbunden.

Dr. Franz von Hammerstein (1921–2011) prägten der Widerstand seiner Familie und der Dahlemer Kirchengemeinde gegen den Nationalsozialismus. Pastor Niemöller war sein Pate. Als Angehöriger von Mitgliedern des Widerstands kam er als »Sippenhäftling« in Haft, zuletzt im KZ Dachau. Nach Kriegsende studierte er Theologie in Deutschland und in den USA. 1958 gründete er zusammen mit Lothar Kreyssig *Aktion Sühnezeichen*. In seiner Zeit als Generalsekretär entstanden unter anderem die Versöhnungsprojekte in Taizé und Coventry sowie der Synagogenbau in Villeurbanne. Von 1975 bis 1978 wirkte er beim *Ökumenischen Rat der Kirchen* in Genf, bis 1986 als Direktor der *Evangelischen Akademie West-Berlin*. Er setzte sich später im ASF-Vorstand und Kuratorium sowie weiteren Initiativen ein, im Besonderen für Begegnungen in Mittel- und Osteuropa sowie für den christlich-jüdischen Dialog.

ZUSTIFTEN

Die Stiftung ist offen für weitere Zustiftungen. So kann die selbständige und unabhängige ASF-Arbeit dauerhaft gesichert werden. Die Stiftungsmittel ermöglichen langfristig höhere Erträgen, wodurch die Stiftung ihre Zwecke nachhaltiger verfolgen kann. Solche Zuwendungen sind steuerlich besonders begünstigt.

Mehr Informationen hierzu unter www.asf-ev.de/zustiften.

Ansprechpartnerin ist ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen: geschaeftsfuehrung@asf-ev.de
T 030 28 395 201

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!



Ich werde Mitglied

- Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Aktionscode
ZI23B01

Name:

Adresse:

Mitgliedsantrag auch online unter: www.asf-ev.de/de/engagiere-dich/mitglied-werden/

Ich spende

- Bitte ziehen Sie ab dem (Datum) von meinem Konto Euro
 einmalig monatlich vierteljährlich jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name:

Vorname:

IBAN:

E-Mail-Adresse für Einladungen und weitere Informationen:

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

**Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: 030 28 395 135
E-Mail: spende@asf-ev.de**

Bitte beachten: neue Kontoverbindung ab 24. April 2023

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33XXX | IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/



ZUSTIFTEN HEISST ZUKUNFT STIFTEN!

Werden Sie (Zu-)Stifter*in der »Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung« und sichern Sie damit dauerhaft die selbständige und unabhängige Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Zustiftungen in das Stiftungsvermögen sind ein idealer Weg, auf Dauer Sinn zu stiften: Sie führen zu langfristig höheren Erträgen, die der Gesamtarbeit von ASF zugute kommen.

Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung (Zustiftungen) sind steuerlich besonders begünstigt. Mehr Informationen hierzu finden Sie unter www.asf-ev.de/zustiften

Oder wenden Sie sich gerne an die ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen: geschaeftsfuehrung@asf-ev.de

Herzlichen Dank für Ihr Interesse!



© EAzB/Karin Baumann

»Ich bin katholisch getauft, evangelisch konfirmiert und gehe auch in die Synagoge« – so stellte sich Franz von Hammerstein auf Seminaren den ASF-Freiwilligen vor. Verena von Hammerstein als feministische Theologin und er waren schon in den 1950-er Jahren antisemitismus- und rassismuskritisch, lange bevor es diese Worte gab. Sie waren ihrer Zeit voraus: »hands-on« – wie ASF war und ist. Als Freund der Stifter*innen und als ASF-Mitglied freue ich mich riesig, dass es nun eine Stiftung in ihrem Namen gibt, die ASF unterstützt. Da kann mensch nur zustiften!

DR. CHRISTIAN STAFFA, Antisemitismusbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, bis 2012 ASF-Geschäftsführer, Zustifter

FRANZ-UND-VERENA-VON-HAMMERSTEIN-STIFTUNG

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma

ASF e. V.

IBAN

DE72 3702 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33XXX



Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/ Mitgliedsnummer oder Name der / des Spender*in:

ggf. Stichwort

Z i 2 3 B 0 1

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zu Kontoinhaber*in / Zahler*in: Name, Vorname / Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg / Quittung für Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin

IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27 / 659 / 51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in / Quittungsstempel



Zwei Wochen engagiert im Sommer Ein Jahr engagiert im Ausland

Bewirb Dich jetzt für ein zweiwöchiges ASF-Sommerlager oder im Herbst für einen einjährigen Freiwilligendienst. Bewerbungsfrist ist der 1. November.

Mehr Informationen: www.asf-ev.de

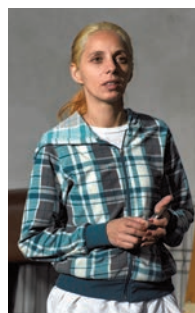
PUBLIKATIONEN



»Ich bin stolz, dass ich Romni bin.«

Romnja erzählen von Widerstand, Verfolgung und Selbstbehauptung

Die Frauen, die heute im Wendland leben, berichten über ihre eigenen Flucht- und Migrationsgeschichten aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und das Ankommen in Deutschland. Zugleich erzählen sie Familiengeschichten über den Völkermord, aber auch von Widerstand. Sie sind Ausdruck von fortbestehender Diskriminierung und gleichzeitig von Selbstbehauptung und Engagement in der deutschen Gesellschaft.



»Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen.«

Geschichten von Romnja aus Rumänien

Das Leben trotz Verfolgung und Diskriminierung selbstbestimmt gestalten, Politik und Gesellschaft verändern – davon erzählen die Biografien dreier Frauen aus Rumänien. Hintergrundtexte informieren über die gesellschaftspolitischen Kontexte dieser Lebenswege.



»Wir müssen unseren Kindern die Geschichte der Sinti und Roma erzählen.«

Neuköllner Stadtteilmütter auf den Spuren der NS-Geschichte

Fünfzehn Stadtteilmütter berichten über ihre Begegnungen mit der deutschen Geschichte und über den Völkermord an den Sinti*zze und Rom*nja. Sie zeugen von kritischen und verbindenden Perspektiven auf unterschiedliche Formen von Rassismus in dieser Gesellschaft.

5 Fragen zu – Rassismus gegenüber Sinti und Roma
Handreichung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Wie können wir konkret auf rechtsextreme und rassistische Einstellungen in Kirchen und in der Gesellschaft reagieren? Wie erkennen wir rassistische Denk- und Sprachmuster und können ihnen begegnen? Der Flyer gibt praktische Informationen im Sinne eines menschenfreundlichen biblischen Menschenbildes.

Jetzt im ASF-Infobüro bestellen:

infobuero@asf-ev.de; Auguststraße 80, 10117 Berlin
Alle Publikationen sind als PDF-Version zum Download oder als Druckversion auf Bestellung erhältlich: www.asf-ev.de/webshop